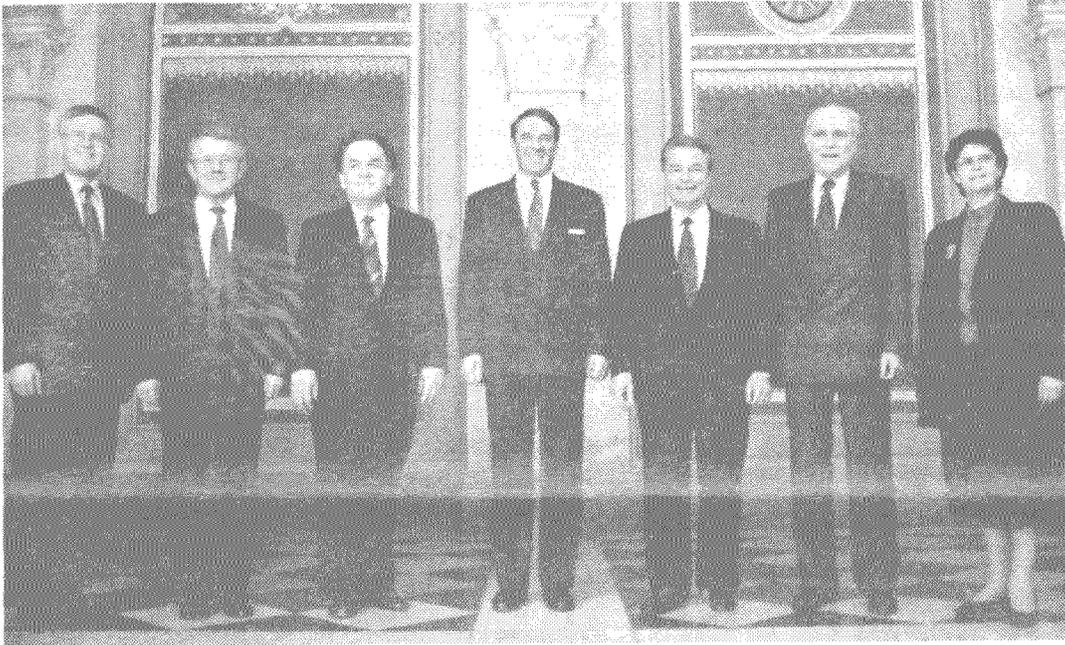


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Keine Urabstimmung



Die Zauberformel war Gegenstand einer Diskussion im FDP-Delegiertenrat.

(Photo Stahl)

An seiner Sitzung vom 21. Oktober 1994 in Sion hat sich der Delegiertenrat der FDP Schweiz mit der Zauberformel beschäftigt. Eingereicht von einem Komitee Zürcher Jungfreisinniger, lag dem Rat eine von 155 Mitunterzeichnern gestützte Motion vor, die innerhalb der Partei eine Urabstimmung über die Zauberformel verlangte. Der Delegiertenrat hat die Motion mit 21 zu 2 Stimmen bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

R. S. Zum Thema geäußert hatten sich sowohl Bundesrat Kaspar Villiger als auch Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger, Fraktionspräsident Pascal Couchepin sowie Ständerat René Rhinow als Präsident der staatspolitischen Kommission. Deutlich zeigte Steinegger das Dilem-

ma auf, in welches sich die FDP mit einer solchen Urabstimmung selber hineinmanövrieren würde:

■ Würde aus der Urabstimmung die Forderung resultieren, die FDP-Fraktion habe sich für die Abschaffung der Zauberformel einzusetzen, gelänge ihr dies aber wegen fehlender Unterstützung durch die anderen bürgerlichen Parteien nicht, könnte sie nicht mehr glaubhaft politisieren.

■ Spräche sich hingegen die Mehrheit der FDP-Mitglieder für den Fortbestand der Zauberformel aus, würde die FDP zur Gefangenen der SP; diese würde ihren ständigen Verbleib in der Regierung als Wunsch der FDP-Basis auslegen.

Das Nein des FDP-Delegiertenrates zur Urabstimmung bedeutet weder eine Zustimmung noch eine Ablehnung der Zauberformel. ■

Inhalt

- Die Vorlagen vom 4. Dezember 1994 werden behandelt ab Seite **5**
- Was von den ersten Meinungsumfragen im Hinblick auf die Wahlen 1995 zu halten ist, lesen Sie auf Seite **9**
- Die FDP-Drogenpolitik erläutert Parteipräsident Steinegger ab Seite **10**

Parolen

Die Delegierten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) fassten an ihrer Versammlung vom 22. Oktober 1994 in Sion folgende Parolen:

Krankenversicherung (Gesetz)
110 Ja gegen 31 Nein

JA

Krankenversicherung (Initiative)
152 Nein, eine Enthaltung

NEIN

Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht
130 Ja gegen 2 Nein

JA

FDP

Freihandelszone und Fundamentalismus

Die Diskussion um die zukünftige Gestaltung von Europa ist um eine weitere Möglichkeit bereichert worden. Nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission soll mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten und allen Staaten des Mittelmeerraumes dereinst die «grösste Freihandelszone der Welt» entstehen.

◉ Jacques Baumgartner

Die Kommission entspricht damit einem Auftrag der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU). Sie war auf der EU-Gipfelbegegnung in Korfu – zum Abschluss der halbjährigen griechischen EU-Präsidentschaft – beauftragt worden, Vorschläge für eine Erweiterung der Union auch in Richtung Nordafrika und Vorderasien auszuarbeiten.

Die EU wurde offenbar vom zunehmend radikaler werdenden islamischen Fundamentalismus in einigen nordafrikanischen Staaten, vor allem in Algerien, aufgeschreckt. Seit die algerischen Militärs bei den Wahlen 1991/92 die Islamische Heilsfront (FIS) um ihren Wahlsieg bei den Parlamentswahlen betrogen, herrscht in Algerien Bürgerkrieg. Soweit abschätzbar, sind in diesem Krieg schon zehntausend Menschen getötet worden. Laut Diplomaten in der Hauptstadt Algier «liegt die wöchentliche, politisch motivierte Mordrate bei 300».

Die angestrebte Freihandelszone soll die früheren kommunistischen ost- und mitteleuropäischen und alle Staaten des Mittelmeerraumes umfassen. Etwa achthundert Millionen Menschen aus vierzig Staaten werden dann – nach den Vorstellungen der EU-Kommission – «die Vorzüge eines riesigen, gemeinsamen Marktes geniessen». Die Nord- und Osterweiterung der EU wurde und wird hauptsächlich von der Bundesrepublik Deutschland vorangetrieben. Der südlich-mediterrane «Vorstoss» soll dem östlichen «gleichge-

stellt» werden, die Südpolitik der EU gleichen Stellenwert wie die Ostpolitik erhalten.

Die EU-Kommission nennt die Gefahren nicht beim Namen, die von einem aggressiven islamischen Fundamentalismus für die Stabilität im Mittelmeerraum und für Gesamteuropa ausgehen könnten. Es ist aber die Rede von der Errichtung einer «europäischen Zone des Friedens und der Stabilität, von einer mediterran-europäischen Partnerschaft».

Die angesprochene Partnerschaft erinnert an die von der atlantischen Allianz (Nato) den ost- und mitteleuropäischen Staaten angebotene «Partnerschaft für den Frieden» als Übergang(slösung) zu einer möglichen vollen (Nato-)Mitgliedschaft. Der Nato-Partnerschaft hat sich auch Russland angeschlossen.

Die von der EU den Mittelmeer- und vorderasiatischen Staaten angebotene Partnerschaft soll «einen politischen Dialog und die Aspekte der Sicherheit beinhalten». Fragen der Sicherheit aus EU-Sicht betreffen den Terrorismus, den Drogenhandel, die Einwanderung, die Nichtweiterverbreitung von biologischen, chemischen und nuklearen Massenvernich-

tungswaffen. Seit dem Vertrag von Maastricht (1991) ist die EU bemüht, in der Aussen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme zu sprechen. Schon in der ersten Hälfte des nächsten Jahres soll eine europäisch-mediterrane Konferenz mit allen interessierten Staaten dieses Gebietes stattfinden. Gastgeber wird nicht das den EU-Vorsitz innehabende Frankreich, sondern Spanien sein. Frankreich ist im April und Mai mit seinen Präsidentschaftswahlen beschäftigt. Vorgängig dieser Konferenz will die EU bereits mit Israel, Marokko und Tunesien «konkret verhandeln»; auch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) soll beigezogen werden. Mit der Türkei wird die EU noch in diesem Jahr die seit langem vereinbarte Zollunion verwirklichen. Noch auf ein Zeichen von der EU warten Malta und Zypern. Aufschluss über die EU-Ernsthaftigkeit einer mediterranen Erweiterung dürfte im Dezember das EU-Gipfeltreffen in Essen geben. ■

Politisch missbrauchter Islam

In Ägypten versuchen militante Islamisten den Staat zu destabilisieren. In Algerien führt der Staat Krieg gegen die um ihren Wahlsieg betrogenen Erretter der Islamischen Heilsfront (FIS). In Sudan führt der moslemische Norden Krieg gegen den christlichen Süden. In der Türkei betrachten die Generäle nicht mehr den Kommunismus, sondern – neben den Kurden – den «islamischen Fundamentalismus» als die grösste Gefahr.

Fundamentalismus ist nicht untrennbar mit dem Islam verbunden. Er ist heute eine weltweite Erscheinung, die Politik, Gesellschaft und Religion berührt. Gegenwärtig ist der Fundamentalismus die bedeutendste Strömung innerhalb des Islam, aber nicht mit diesem gleichzusetzen. Der Islam wird von den Islamisten für politische Ziele missbraucht:

Es geht ihnen vorerst um die Herrschaft in islamischen Staaten, hernach wollen sie die Isla-

misierung der ganzen Welt. Ihre Haltung ist anti-westlich. Für sie ist die Demokratie «kufr» (Unglaube), eine Verschwörung gegen den Islam. Die wachsende Anhängerschaft und Militanz der Islamisten entspringt den katastrophalen sozialen Verhältnissen, denen die Regierungen nicht mehr beizukommen vermögen.

Im christlichen Westeuropa leben etwa zwanzig Millionen Muslime. Gegenwärtig versuchen islamisch-fundamentalistische Organisationen in Europa Brückenköpfe zu bilden, unter der muslimischen Minderheit den entscheidenden Einfluss zu erringen. Hauptsächlicher Drahtzieher ist Iran, und seine terroristische Frontorganisation ist die libanesische Hizbullah genannte «Gottespartei». Teheran finanziert Hizbullah mit siebzig bis achtzig Millionen Dollar im Jahr. Hizbullah hat etwa 4000 «Gotteskämpfer», der «Islamische Widerstand».

Die Organisation unterhält aber auch «Killer»-Kommandos, die auf Geheiss der Geistlichen, des Geheimdienstes und der Revolutionsgardisten in Teheran iranische Regimegegner im Ausland liquidieren.

Algerische und sudanesisch «Afghanen» kämpfen auf seiten der bosnischen Muslime gegen die Serben. Hundert von in Afghanistan und Pakistan von Ex-Mujahedin (Widerstandskämpfern) ausgebildeten «islamischen Rekruten» sollen sich in Albanien bereithalten. Federführend für den Einsatz im ehemaligen Jugoslawien ist die Pan-Islamische Bewegung, die von Teheran über Khartum gesteuert wird. Waffenlieferant der «Islamischen Kämpfer» in Bosnien ist offenbar die tschechische Mafia. Wie in anderen Staaten des Ex-Sowjetblocks wird die Polizei, werden die Sicherheitskräfte den Waffen- und Drogenschleibern kaum noch Herr.

J. B.

Melchior Buchs: ein überzeugter Liberaler

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich ihre grösste Hoffnung?

Dass sich die Demokratie als Staatsform und die Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem überall auf der Welt durchsetzen und den Menschen damit die Freiheit bringen, die es für ein friedliches Zusammenleben braucht.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Der zunehmende Egoismus der Menschen. Der Wille, für die Allgemeinheit etwas zu tun, nimmt ständig ab.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Wichtigste Erfindung: Geschirrspüler... Spass beiseite: Zu jeder Zeit hat es wichtige Erfindungen gegeben, welche die Entwicklung auf unserer Erde geprägt haben. Dabei haben wichtige Erfindungen auch stets entbehrliche Aspekte (z. B. das Auto).

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Vielfalt an Landschaften, Menschen und Kulturen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Griesgram, Nörgelei, mangelnde Offenheit für Neues und fehlender Mut, Risiko und Verantwortung zu übernehmen.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Falsch. Auch Mehrheiten tragen wesentlich zum Fortschritt bei.



Melchior Buchs: optimistisch, beharrlich, offen für Neues.

Warum sind Sie bei der FDP?

Als überzeugter Liberaler kann man sich nur in der FDP daheim fühlen.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Ein Nobelpreis erfordert eine hohe Messlatte. Es kommen mir keine Politikerinnen und Politiker in den Sinn, die diesen Anforderungen genügen.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Wenn ihre beziehungsweise seine Argumente sachlich überzeugend sind und sie respektive er

diese mit Engagement und innerem Feuer vertritt.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Die Politik kann von einer engen Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern nur profitieren. Zum Glück verfügt die FDP auf

allen Stufen über engagierte und kompetente Frauen.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Schwäche: die behalte ich für mich. Stärke: Optimismus, Beharrlichkeit, Offenheit für Neues.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Keines. Der Wahlkampf beansprucht zu viel Zeit.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Fast täglich velofahren, hie und da Jogging. Leider bleibt zu wenig Zeit, um wie früher regelmässig zu trainieren.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Ohne Vorbereitung rhetorisch brillante Reden halten.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Ich habe das Glück gehabt, in meiner beruflichen Tätigkeit viele interessante Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport kennenzulernen. Daher kommt mir spontan niemand zusätzlich in den Sinn. ■

KURZBIOGRAPHIE

Melchior Buchs

Zur Person: Dr. rer. pol., PR-Berater, wohnhaft in Thun-Hünibach, verheiratet, 3 Kinder
Alter: 38

Berufliche Stationen: 1982–87: Wissenschaftlicher Assistent am volkswirtschaftlichen Institut der Universität Bern; ab 1987: PR-Berater in der Dr. Erwin Bischof AG, Bern.

Politischer Werdegang:

1987: Eintritt in die FDP, 1990: Wahl in den Stadtrat von Thun, 1992/93: Präsident der stadtrechtlichen Spezialkommissionen «Personalbewirtschaftung und Organisationsentwicklung» und «Neues Schulreglement (Umstellung 6/3)».

Liebste Tätigkeit: Politik; Organisieren; alles, was Spass macht. ■

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

- Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkraftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»
- Ex. Nr. 4/93: «Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz»
- Ex. Nr. 1/94: «Wege aus der Arbeitslosigkeit»

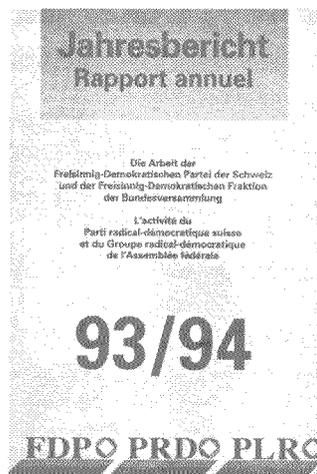
Name: _____ Vorname: _____ 11/94

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Die Arbeit der FDP



Name: _____

Vorname: _____ 11/94

Str./Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich bestelle:

_____ Ex. Jahresbericht 93/94

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat
Postfach 6136
3001 Bern

(1 Ex. gratis, 240 Seiten, dt./frz.) Fax (031) 312 19 51

100 Jahre FDP

PIN

Am 17. September 1994 feierte die FDP der Schweiz in Olten, wo sie 1894 gegründet wurde, ihr hundertjähriges Bestehen. Dafür wurde ein neuer Pin hergestellt. Sie können den Pin bestellen, als FDP-Mitglied oder als Pin-Sammler. Die Auflage beträgt 2000 Exemplare.



FESTSCHRIFT

Die «Politische Rundschau» Nr. 2/3 erscheint als Festschrift. Sie enthält hochkarätige Artikel von rund zwanzig Autorinnen und Autoren, welche sich nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit der Zukunft des Freisinns beschäftigen. Umfang: über 200 Seiten. Wenn Sie die «Politische Rundschau» der FDP nicht schon abonniert haben, bestellen Sie die Festschrift. Da wir möchten, dass diese Publikation von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern gelesen wird, haben wir den Preis für dieses Buch mit Fr. 15.- sehr tief angesetzt.

Zusätzlich offerieren wir Ihnen in Kombination damit:

■ Wenn Sie die politische Vierteljahresschrift der FDP, die «Politische Rundschau», jetzt abonnieren, erhalten sie für nur Fr. 20.- (= jährliche Abonnementkosten) mit der Festschrift zugleich den ganzen Jahrgang 1994. (Als «Politische Rundschau» Nr. 1 ist der Bericht Wege aus der Arbeitslosigkeit erschienen, als Nr. 4 ist die Veröffentlichung des Seniorenberichts geplant.)

■ Ist Ihnen das Buch «60 Jahre eidgenössische Politik. Ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns» von Eugen Dietschi ein Begriff? Es ist 1979 erschienen und behandelt die Zeit von 1919 bis 1979 (gebunden, 462 Seiten). In Kombination mit der Festschrift erhalten Sie es jetzt für zusammen nur Fr. 20.-.

■ Wollen Sie gleich alles: ein Abonnement der «Politischen Rundschau», die Festschrift und das Buch von Eugen Dietschi? Für total Fr. 30.- erhalten sie alles portofrei in Ihren Briefkasten.

Talon

Ja, ich bestelle (portofrei):

- Ex. des speziellen FDP-Pins 100 Jahre zum Preis von je Fr. 5.-.
- Ex. der «Politischen Rundschau» Nr. 2+3/1994 «Für eine Schweiz mit Zukunft. Hundert Jahre FDP der Schweiz» zum Preis von je Fr. 15.-.
- Ich bestelle nicht nur die Festschrift, sondern werde auch Abonnent der «Politischen Rundschau» und erhalte den ganzen Jahrgang 1994 für Fr. 20.-.
- Ich bestelle zusammen mit der Festschrift auch das Buch von Eugen Dietschi: «60 Jahre eidgenössische Politik» zum Preis von zusammen Fr. 20.-.
- Ich bin an allem interessiert, an einem Abonnement der «Politischen Rundschau», an der Festschrift und zugleich am Buch «60 Jahre eidgenössische Politik» von Eugen Dietschi, und bezahle dafür Fr. 30.-.

Name: _____ 11/94

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

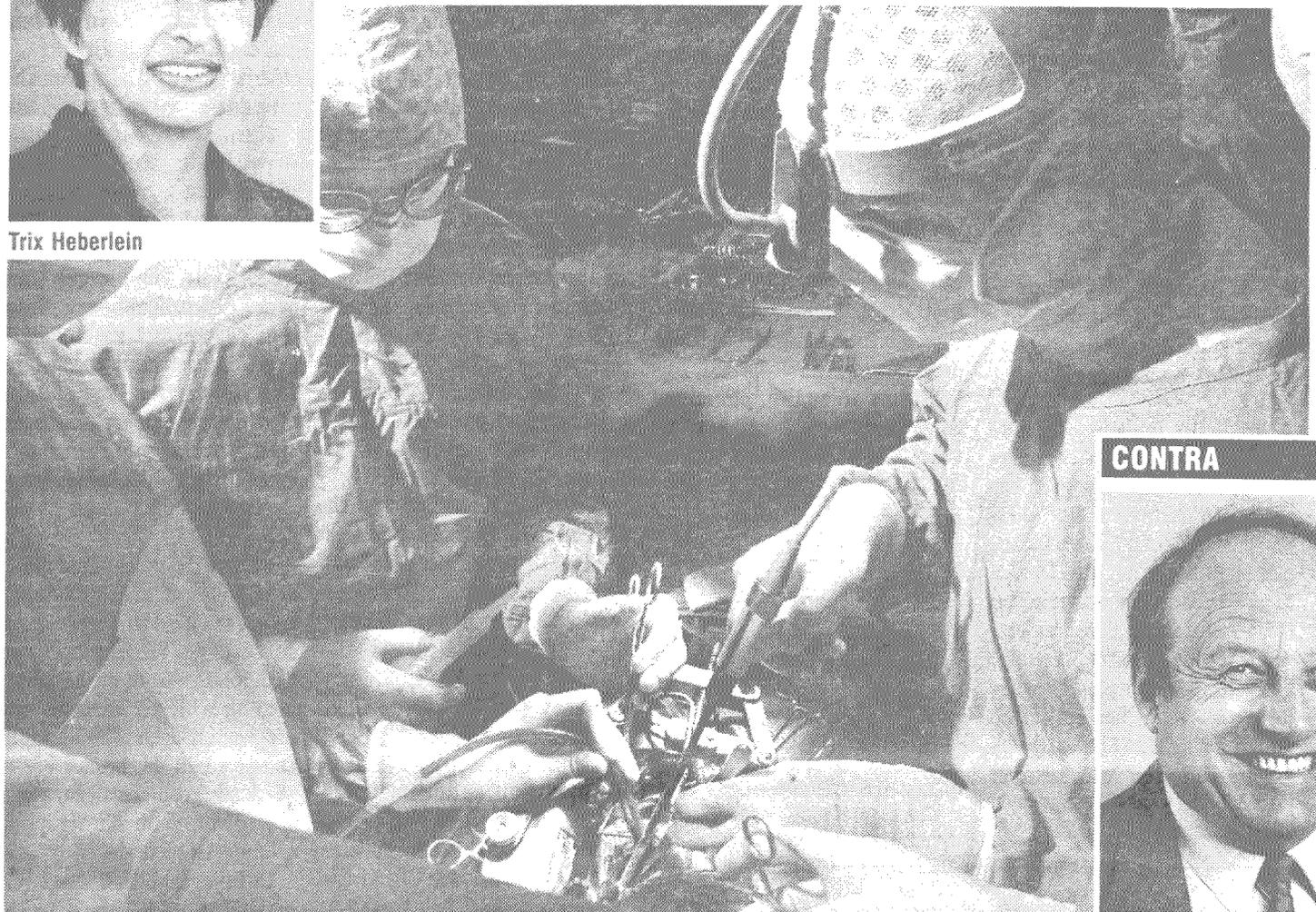
Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Trix Heberlein

Das KVG im Clinch



CONTRA



Ernst Cincera

Das schweizerische Gesundheitswesen benötigt pragmatische und politisch breit abgestützte Lösungen. (Photo Keystone)

Tragfähiger Kompromiss

Das vom Parlament in konstruktiver Gesetzesarbeit auf die Beine gestellte neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) ist die einzige überzeugende Lösung für das schweizerische Gesundheitswesen. Es enthält – im Gegensatz zur SP-/SGB-Initiative «für eine gesunde Krankenversicherung» - einen umfassenden und wohlüberlegten Katalog an Kostendämpfungsmassnahmen.

**Nationalrätin
Trix Heberlein (ZH)**

Das vom Parlament im März dieses Jahres verabschiedete neue KVG ist eine längst notwendige Totalrevision des Krankenversicherungsgesetzes. Seine bemerkenswertesten Neuerungen betreffen die Erweiterung des Leistungskatalogs in der obligatorischen Grundversicherung, Ko-

stendämpfung durch Förderung des Wettbewerbs unter Versicherten und Leistungserbringern, vorbehaltloser Versicherungswechsel, Wegfall der Aussteuerung bei Krankenhausaufenthalten sowie Abkehr von ungerechten Giesskannensubventionen.

Dem herbeigeredeten Argument der KVG-Gegner, das neue KVG habe eine «massive Prä-

Fortsetzung auf Seite 6

Ziel nicht erreicht

Wir hören es jeden Tag: Bund Kantone und viele Gemeinden kommen mit ihren Finanzen nicht zurecht. Überall budgetiert man erhebliche Defizite. Gesetzgeber und Volk übertragen ihnen trotzdem immer neue und mehr Aufgaben. Das führt zwangsläufig zu mehr Ausgaben. Auf der Einnahmenseite ist aber die Schmerzgrenze erreicht.

**Nationalrat
Ernst Cincera (ZH)**

Steuererhöhungen, neue Gebühren und weitere Lohnprozente sind weder beliebt noch realistisch. In dieser Situation wird dem Stimmbürger ein neues Krankenversicherungsgesetz (KVG) präsentiert, welches allen Beteiligten – dem Bund, den Kantonen und dem privaten Prä-

mienzahler – mehr Kosten verursachen wird. Das neue Gesetz bringt mit seinem stark ausgebauten Leistungskatalog in der Grundversicherung allein schon eine Mehrbelastung von rund 1,74 Milliarden Franken. Es gibt keine Versicherungsart, bei welcher für mehr Leistung nicht auch mehr bezahlt werden muss. Bei der Grundversicherung wer-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5: Artikel Heberlein

mienerhöhung» insbesondere in der Zusatzversicherung zur Folge, widersprechen einerseits die Berechnungen des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV). Andererseits ist eine allfällige Prämienhöhung in der Zusatzversicherung auf das bisher praktizierte System der Quersubventionierung zurückzuführen. Nur diejenigen Kassen werden die Prämien für die Zusatzversicherung erhöhen, die bisher Grund- und Zusatzversicherung nicht klar voneinander getrennt haben.

Wer in der Initiative «für eine gesunde Krankenversicherung» der Sozialdemokraten und des Gewerkschaftsbundes eine Alternative zum neuen KVG vermutet, gibt sich Illusionen hin. Die Initiative verlangt im wesentlichen die Finanzierung der Krankenversicherung «durch Beiträge der Versicherten nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit», d. h. im Klartext durch je zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber beizusteuernde Lohnprozente. Eine unvermeid-

bare Folge dieses «Systemwechsels» wäre ein Anstieg der Bruttolohnkosten, was die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft noch zusätzlich reduzieren würde.

Die Verstaatlichung der Krankenversicherung würde jedes kostensparende Verhalten schachtmatt setzen, denn alternative Versicherungsformen wie HMO, Bonussystem bzw. höhere Kostenbeteiligung wären nicht mehr zulässig. Statt Bereitschaft zu Eigenverantwortung zu honorieren und Massnahmen zum Fortbestehen einer wirklich «gesunden» Krankenversicherung zur Verfügung zu stellen, öffnet die SP-/SGB-Initiative der Kostensteigerung im Gesundheitswesen in jeder Beziehung Tür und Tor.

Das schweizerische Gesundheitswesen ist kein Experimentierfeld für fiktive Gesellschaftsformen, sondern benötigt pragmatische und politisch breit abgestützte Lösungssätze. Diese sind im neuen KVG vorgesehen. Ein Ja zur Revision gewährleistet eine gerechte und zugleich marktwirtschaftliche Krankenversicherung. ■

Fortsetzung von Seite 5: Artikel Cincera

den es also mindestens 15 Prozent sein.

Dieser Verteuerung soll dadurch begegnet werden, dass individuelle Bundes- und Kantonsbeiträge an Personen ausbezahlt werden, welche in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Diese Beiträge sollen das bisherige Giesskannenprinzip der Subventionen an die Krankenkassen ersetzen. Die Änderung der Subventionspraxis erfordert zudem die Einführung eines Obligatoriums, obwohl bereits 99 Prozent der Bevölkerung versichert sind, und wird die Kantone sowohl finanziell wie administrativ deutlich belasten.

Letzteres ist bekanntlich auch nicht zum Nulltarif zu haben. Der Kanton Zürich rechnet beispielsweise mit mindestens 70 neu zu schaffenden Stellen und jährlichen Ausgaben von etwa 15 Millionen Franken. Ohne Steuererhöhungen wäre dieses Geld nicht zu beschaffen.

Neben der Grundversicherung werden sich aber auch die Prämien für die Zusatzversicherung erhöhen. Die an sich erfreuliche Freizügigkeit bei der Grundversicherung jeden Versicherten jederzeit aufnehmen muss, gilt jedoch bei der Zusatzversicherung nicht. Ihre Finanzierung wird vom günstigeren Umlegeverfahren in das Kapitaldeckungsverfahren des Privatversicherungsrechtes verwiesen. Weil dort grössere Reserven gebildet und in jedem Falle sich das Risiko des einzelnen Versicherten individuell auf die Prämie auswirkt, ist hier mit Prämien erhöhungen bis zu vierzig Prozent zu rechnen. Besonders schlecht werden bei der Zusatzversicherung logischerweise die Frauen fahren. Ältere Zusatzversicherte werden doppelt bestraft. Nachdem sie jahrelang das Umlegeverfahren mitfinanziert haben, müssen sie nun die Kapitalisierung der eigenen Leistungen mit einer stark erhöhten Prämie bezahlen.

Mit der grössten Prämienhöhung haben aber die bisher Kollektivversicherten zu rechnen. Kollektivversicherungen

sind nicht mehr erlaubt. Beim Übertritt in die individuelle Versicherung entfallen die Vergünstigungen aus der kollektiven Versicherung, und dann kommen noch die Prämien erhöhungen der Grundversicherung und einer allfälligen Zusatzversicherung dazu.

Eine weitere gefährliche Schwäche des neuen KVG ist der viel zu weit gehende staatliche Interventionismus. Obwohl das Gesundheitswesen Sache der Kantone ist, könnte mit dem neuen Gesetz der Bund praktisch alles bestimmen. Es enthält 73 Regulierungskompetenzen für den Bundesrat. Das bedeutet eine Vielzahl von Verordnungen, auf welche bekanntlich das Parlament und das Volk keinen korrigierenden Einfluss nehmen können.

Diesem Schwachpunkt wollte der Bundesrat im Abstimmungskampf noch rasch begegnen, indem er einige Verordnungen zum KVG kurzfristig in die Vernehmlassung schickte. Mehr als eine propagandistische Alibiübung im Kampf gegen die immer breiter werdende Front der Gegner ist es aber nicht, denn die Hauptverordnung ist nicht dabei.

Ordnungspolitisch liegt das neue KVG völlig falsch in der Landschaft. Mit seinen 107 Artikeln (das alte hatte deren 47) verhindert es den Wettbewerb. Belohnt werden die Kantone mit hohen Gesundheitskosten, bestraft jene, welche durch marktwirtschaftliche Mechanismen die Gesundheitskosten in den Griff bekommen.

Wir haben leider schon zu oft zu einer schlechten Vorlage Ja gesagt, nur weil man lange daran gearbeitet hat, um einen Kompromiss zu finden. Fehler werden nicht besser, indem man sie wiederholt.

Es ist deshalb richtig, zum neuen KVG Nein zu sagen und Bundesrat und Parlament den Auftrag zu erteilen, in möglichst kurzer Zeit eine Teilrevision des alten Gesetzes vorzulegen, die dessen Schwächen – ohne Mehrkosten zu erzeugen – ausmerzt. ■

Mehr Staat und noch mehr Kosten?

Das freie Gesundheitswesen ist in Gefahr. Die sozialistische Initiative führt zur bürokratischen Staatsmedizin. Die freie Arztwahl ist gefährdet. Der Staat kann bestimmen, wer wann wo und von wem behandelt wird.

Unser Gesundheitswesen hat einen hohen Standard. Wenn es um Ihre gute medizinische Versorgung geht, bleibt kein Raum für milliarden schwere Experimente.

 Schweizerisches Komitee
NEIN zur sozialistischen
Krankenversicherungs-Initiative

Am 4. Dezember 1994

NEIN

zur sozialistischen
Krankenversicherungs-Initiative

Humanitäre Tradition bewahren

Das Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht betrifft – dies sei an den Anfang gestellt – nur Ausländer, die sich in der Schweiz befinden, ohne eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung zu besitzen. Alle übrigen 1,2 Millionen Niedergelassene, Jahresaufenthalter und Saisoniers, sind der Vorschrift nicht unterstellt.

Ständerätin
Christine Beerli (BE)



Mit der Vorlage wird das Ziel verfolgt, Wegweisungsent-scheide konsequent vollziehen zu können. Dieses Ziel soll auf verwaltungsrechtlichem und nicht auf strafrechtlichem Weg angegangen werden. Es werden dabei folgende Mittel eingesetzt:

■ Einem Ausländer, der, wie gesagt, keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzt und der die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, insbesondere dadurch, dass er widerrechtlichen Betäubungsmittelhandel betreibt, kann die Auflage gemacht werden, ein ihm zugewiesenes Gebiet nicht zu verlassen oder ein bestimmtes Gebiet (z. B. den Umkreis des Bahnhofs Letten) nicht zu betreten. Verletzt der solcherweise Angewiesene die ihm gemachte Auflage und wird er erneut im besagten Gebiet angetroffen, so kann er in Vorbereitungshaft genommen werden.

■ Dabei handelt es sich um das zweite neu eingeführte Institut. Ein Ausländer kann während der Vorbereitung des Entscheides über seine Aufenthaltsberechtigung für höchstens drei Monate in Haft genommen werden, wenn er bestimmte Voraussetzungen erfüllt, namentlich die oben erwähnten Anweisungen missachtet, sich weigert, im Asyl- oder Wegweisungsverfahren seine Identität offenzulegen, unter verschiedenen Identitäten mehrere Asylgesuche einreicht oder eine Einreiseperrre missachtet hat.

■ Als weiteres und drittes Mittel wird die schon bis anhin vorhandene Möglichkeit, einen Betroffenen nach Vorliegen eines erstinstanzlichen Weg- oder Ausweisungsent-scheides in Ausschaffungshaft zu nehmen, von sechs auf höchstens neun Monate erhöht. Diese Erhöhung der Haftdauer erweist sich deshalb als notwendig, weil es manchmal ausgesprochen schwierig ist, die für die Rückkehr notwendigen Reisepapiere zu beschaffen. Die Ausschaffungshaft kann verfügt werden, wenn entweder der Betroffene die Voraussetzungen für die Vorbereitungshaft erfüllt oder konkrete Anzeichen befürchten lassen, dass er sich der Ausschaffung entziehen will.

Die Haft wird von der Behörde des Kantons angeordnet, welcher für den Vollzug der Weg- oder Ausweisung zuständig ist. Die Rechtmässigkeit und die Angemessenheit der Haft sind spätestens nach 96 Stunden durch eine richterliche Behörde auf Grund einer mündlichen Verhandlung zu überprüfen. Der Betroffene kann zudem einen Monat nach der Haftüberprüfung ein Haftentlassungsgesuch einreichen. Über dieses Gesuch hat die richterliche Behörde innerhalb von acht Arbeitstagen zu entscheiden.

Rechtsstaatlich korrekt

Das Parlament hat sich die Beratung dieser Vorlage nicht leicht gemacht. Es wurde minutiös abgeklärt, ob die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen die europäische Menschenrechtskonvention, andere völkerrechtliche Verträge sowie unser Verfassungs- und Gesetzesrecht nicht verletzen. Wir sind nach eingehender Prüfung und ge-

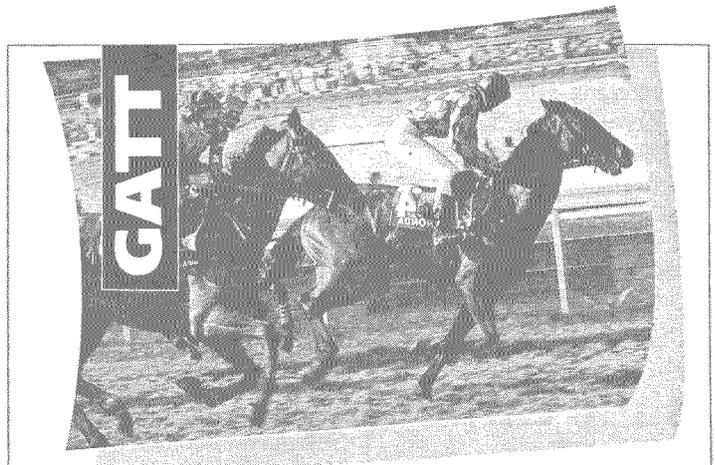
stützt auf Gutachten massgeblicher Rechtsprofessoren (wie z. B. der Herren Kaelin und Trechsel) zum Schluss gekommen, dass die Vorlage absolut rechtsstaatlich korrekt und trotzdem effizient und gut handhabbar ist.

Ich war aus diesem Grunde sehr erstaunt, als gegen das Gesetz das Referendum ergriffen wurde. Die Situation wurde anschliessend vollkommen grotesk – und es kann nur noch Kopfschütteln auslösen, wenn einerseits die Sozialdemokratische Partei das Referendum unterstützt und andererseits die sozialdemokratisch dominierte Regierung der Stadt Zürich in ihrer Not vom Bundesrat verlangt, dasselbe Gesetz mit Notrecht vor der Referendumsabstimmung in Kraft zu setzen. Der Bundesrat ist diesem Begehren mit Recht nicht

nachgekommen, da er die Volksrechte nicht verletzen wollte.

In der Situation, in der wir uns heute befinden und in der sich namentlich Zürich heute befindet, ist nichts tun verantwortungslos und überreagieren verheerend. Was not tut, ist konsequentes Handeln mit Bedacht und Augenmass, und genau dazu schaffen wir mit dem vorliegenden Gesetz die Grundlagen.

Wenn es uns gelingt, den wenigen Prozenten krimineller Ausländer mit rechtsstaatlicher Härte zu begegnen, schützen wir gleichzeitig die überwiegende Mehrzahl unbescholtener Ausländer und Asylbewerber. Und es wird uns gelingen, was mir ausserordentlich wichtig erscheint: Wir werden die langjährige humanitäre Tradition der Schweiz im Asylbereich bewahren können. ■



Auf das richtige Pferd setzen.

GATT. Das weltweite Zoll- und Handelsabkommen sichert uns Wohlfahrt und Arbeitsplätze. Seit bald 30 Jahren.



Verlangen Sie die Informationsbroschüre (gratis).

Name:

Strasse:

PLZ/Ort

Bitte in Blockschrift ausfüllen, auf Postkarte kleben und einsenden an:



Wirtschaftsförderung, GATT, Postfach 502, 8034 Zürich

Seit bald 30 Jahren ist die Schweiz beim GATT dabei. Mit der GATT-Mitgliedschaft haben wir auf das richtige Pferd gesetzt: Das GATT bringt uns faire Welthandelsregeln und damit wichtige Exportchancen. Unser heutiger Wohlstand ist entscheidend dem Welthandel zu verdanken. Setzen wir weiterhin auf das richtige Pferd - bleiben wir auch beim neuen GATT dabei. 45T

LESERBRIEFE

Fallkostenpauschalen lösen das Problem nicht

In einem Artikel in der Sonntagspresse wird unter dem Titel «Frohe Kunde für Spitalpatienten: Endlich früher heim!» ein anderes Finanzierungsmodell für die Spitalkosten erwähnt. Es geht hier um die sogenannte Fallkostenpauschale. Bei diesem Abrechnungsmodus wird ein Krankenhaus nicht mehr mit einer Vollpauschale mit enormer Unterdeckung pro Spitaltag ent-

schädigt, sondern nur noch pro Krankheitsfall. Es wird also zum Beispiel für eine Blinddarmsoperation ein fixer Betrag bezahlt. Die Einführung der Fallkostenpauschale kann ein taugliches Mittel sein, die Kosten in den Griff zu bekommen. Bedingung ist allerdings, dass diese Fallkostenpauschalen nicht wieder eine massive Unterdeckung aufweisen, wie es zur Zeit bei den

Vollpauschalen der Fall ist. Denn dann nützt die ganze Übung nichts. Fallkostenpauschalen müssen kostendeckend sein. Nur so werden die propagierten Anreize, wie z. B. eine weitere Verkürzung der Aufenthaltsdauer, Wirkung zeigen. Eine weitere Verkürzung der Aufenthaltsdauer wie auch neue Vergütungssysteme dürfen nicht mehr nur einseitig zugunsten der Kostenträger

(Krankenkassen und Versicherungen) und zulasten der Spitaldefizite (Kantone und Gemeinden) erfolgen. Im übrigen bin ich generell gegen jegliche pauschalen Vergütungssysteme, wie immer sie auch heissen mögen. Die Leistungen, die in den Spitälern erbracht werden, müssten detailliert nach Einzeltarifierung verrechnet werden. Nur so werden die Kosten und Leistungen transparent. Leider geht die geplante KVG-Revision genau in die entgegengesetzte Richtung.

*Silvio Zuccolini,
Spitaldirektor, Thusis*

Dem KVG eine Chance geben

Der im «Freisinn» veröffentlichte Leserbrief von Herrn Burri – Mitglied des Ausschusses für Gesundheitspolitik der FDP – darf nicht unwidersprochen im Raume stehengelassen werden. Als gewöhnliches Mitglied der FDP Basel-Stadt und Verwalter der Schweizerischen Konkordia Kranken- und Unfallversicherung in Basel gehe ich mit Nationalrätin Trix Heberlein einig, dass wir uns in bezug auf die Gesetzesrevision auf dem rechten Weg befinden. Warum nicht dem neuen KVG eine Chance

geben? Die Mängel im seit 1911 bestehenden und 1964 teilrevidierten Krankenversicherungsgesetz sind auch Herrn Burri als Direktionspräsident der Artisana wohl bekannt. Weiteres Notrecht als flankierende Massnahmen, unsichere Rahmenbedingungen, Wildwuchs in der Krankenversicherungslandschaft auf Jahre hinaus lassen erahnen, was bei einer Ablehnung der Vorlage auf uns zukommen wird. Ich gehe mit Herrn Burri einig, dass die grossen Kostenprobleme auch mit dem neuen Gesetz nicht abschliessend gelöst sein werden, hingegen vertrete ich die Meinung, dass mit dem politisch überhaupt noch Machbaren ein Kompromisswerk gestaltet wurde, das einen ersten Schritt in die zukunftsweisende Richtung darstellt.

Das Hauptziel der Gesetzesvorlage ist, die Solidarität im System der sozialen Krankenversicherung zu sichern beziehungsweise wieder herzustellen sowie Lücken in der Grundversicherung zu schliessen. Zentrales Thema der Kritik bildet die Finanzierung, insbesondere der gezielte Beitrag zur Prämienverbilligung durch Bund und Kantone. Steuererhöhungen und überproportionale Prämienanpassungen für den Mittelstand werden befürchtet. Die Finanzierung erfolgt weiterhin über Kopfpämien und nicht über Lohn-

prozente, welche bei der heute angespannten Finanzlage gar nicht möglich wären. Selbstverständlich wird der Leistungsausbau Mehrkosten verursachen, dies hat aber keinesfalls eine Erhöhung des Prämienniveaus im gleichen Umfange zur Folge. Wirtschaftlich schwache Versicherte, Familien mit Kindern und Versicherte mit hohem Eintrittsalter werden entlastet. Nach meinem Dafürhalten handelt es sich nicht um eine sozialistische «Eintopflosung», sondern um einen Prozess eines schwierig auszuhandelnden Konsenses, welcher den Veränderungen und tiefgreifenden Umwälzungen in der Sozialversicherung – dazu gehören allenfalls auch Ein-

schränkungen – für die Zukunft wegweisend sein kann. Unsere Sozialpolitik dreht sich derzeit allgemein bei der Frage der Ausgestaltung ausschliesslich darum, wer oder was referendumsfähig sei!

Handlungsbedarf ob mit oder ohne neues Gesetz ist zwingend notwendig, nur mit Eigeninteressen die Vorlage bodigen zu wollen, ohne allenfalls taugliche Alternativen aufzuzeigen, scheint mir als Aussage eher dürftig zu sein. Wagen wir also den Schritt und geben wir dem neuen Krankenversicherungsgesetz eine Chance! Der Souverän hat damit die Möglichkeit, die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Pierre Moulin, Basel

Rechtsbrecher hätscheln?

Wie kommt es, dass Gäste in unserem Lande immer öfter das Gastrecht verletzen? Wer in unserem Lande ist gegen konsequentes Vorgehen bei in- und ausländischen Rechtsbrechern? Was bleibt zu tun?

Die Bischofskonferenz fällt der CVP und ihrem Bundesrat in den Rücken. Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz lehnen die Zwangsmassnahmen gegen kriminelle Ausländer ab. Auch gewisse Medienvertreter und Leserbriefschreiber sind dagegen. Sollen etwa die kriminellen Ausländer auf dem Letten nicht konsequenter ver-

folgt werden? Wir wehren uns vehement gegen den überbordenden Rechtsmissbrauch von Kriminellen, seien sie in- oder ausländisch. Wir verstehen die Exponenten der linken politischen Klasse nicht, weil sie Dealer, Räuber, Verbrecher, Mörder, Erpresser und Illegale weiter hätscheln wollen. Wir wehren uns gegen Einflussversuche von kirchlicher Seite. Wir sind das Volk!

Zu tun bleibt eins: Es gilt die Gesetze des Rechtsstaates zu verbessern, damit Rechtsbrecher konsequenter zu packen sind.

Ruedi Andres, Mümliswil

EDV ohne Risiko.

Wir entwickeln die Software zur Lösung Ihrer Probleme.

Unter Windows zum Beispiel mit Access von Microsoft im Prototyping-Verfahren: Nur wenn Ihnen unser erster Entwurf Ihrer Anwendung gefällt, geben Sie uns den definitiven Auftrag.

Arboscomp Informatik

EDV-Dienstleistungen zu fairen Bedingungen.

Beratung - Entwicklung - Schulung
Naglerwiesenstrasse 34, 8049 Zürich
Tel. 01-341 10 22 Fax 01-341 10 60

Rollende Programmarbeit

Die FDP ist ständig à jour. Seit einiger Zeit hat sie vom System der Programmerarbeit alle vier Jahre zum System der rollenden Planung gewechselt. Folgende Positionspapiere können bestellt werden:

Ich bestelle _____ Ex. **Neutralität**
 _____ Ex. **Finanz- und Steuerpolitik**
 _____ Ex. **Patentierbarkeit von Erfindungen betreffend Organismen**
 _____ Ex. **Tourismus**

Name: _____ Vorname: _____

11/94

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51

100 Jahre FDP: Erfolgreiche Ballonaktion – Video

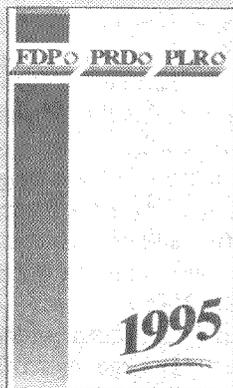
Obwohl die Jubiläumsfeier der FDP schon zwei Monate zurückliegt, treffen noch immer verein-

zelte Antwortkarten ein, die am 17. September mit 2000 Ballonen in die Luft gestiegen sind. Ein grosser Teil wurde aus der Region Aarau zurückgeschickt, aber auch im Raum Schaffhausen scheinen etliche Ballone gelandet zu sein. Erfreulich ist auch der beachtliche Rücklauf aus den nahen Grenzgebieten Deutschlands.

Noch diesen Monat wird die FDP aus allen zurückgeschickten Karten zehn Gewinner ziehen, die dann von der FDP Schweiz zu einem Besuch ins Bundeshaus eingeladen werden. Wie versprochen, wird der Aktion «Denk an mich», Ferien für behinderte Kinder, ein Betrag überwiesen werden können. Im nächsten «Freisinn» werden wir Ihnen darüber berichten können.

Wer übrigens von den Festlichkeiten in Olten eine zweistündige Videoaufnahme möchte, kann diese für Fr. 50.– auf dem FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, bestellen.

Agenda 1995



Ab sofort können Sie das Portefeuille aus bestem Anilinleder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern und mit der FDP-Agenda 1995 beim FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, bestellen.

KOLUMNE

Das Elend der Meinungsumfragen



Die Nationalratswahlen vom Oktober 1995 haben bereits das «Wahlbarometer» von «Sonntags-Blick» und «Le Matin» in Bewegung gesetzt mit «sensationalen» Ergebnissen. Die Sozialdemokratische Partei würde danach ihren Wähleranteil von 19 auf 38 Prozent verdoppeln, die FDP von 21 auf 17 Prozent zurückgehen, die SVP bei 12 Prozent stagnieren, die CVP von 18 auf 9 Prozent absacken und auch die Freiheits-(Auto-) Partei von 5 auf 2 Prozent dezimiert werden. Die Ergebnisse dieser Meinungsumfrage könnten die grossen bürgerlichen Parteien das Fürchten lehren – wenn sie nicht eher das *Elend der Meinungsumfragen* als parteipolitische Stimmung zum Ausdruck bringen würden. In erster Linie sind sie geeignet, Zweifel an der Seriosität der Durchführung durch die Isopublic zu wecken, denn seit der Einführung des Proporzwahl-systems sind derartige politische Erdbeben in der Schweiz noch nie vorgekommen.

Einen bessern Hinweis auf mögliche parteipolitische Verschiebungen im kommenden Jahr geben die Ergebnisse der kantonalen Wahlen seit der letzten eidgenössischen Aus-marchung im Oktober 1991. Danach verzeichnete die FDP einen Gewinn von 6 und einem neuen Stand von 544 Sitzen, die SP verbesserte sich um 2 auf 432, die SVP um 3 auf 252 Sitze. Einen erheblichen Einbruch erlitt die CVP, die um 38 auf 527 Sitze in kantonalen Parlamenten zurückfiel. Betrachtet man allein die kantonalen Wahlen im Jahre 1993, so ergibt sich ein ähnliches Bild; zugelegt haben im vergangenen Jahr ferner die Liberalen, die Freiheitspartei und die extreme Linke. Für die Wahlen in einem Jahr stellen sich vor allem drei Fragen: Wird der allgemeine Vertrauensver-

lust des Bundesrates und teilweise auch der Bundesversammlung anhalten, und wie wird er sich auf die «Bundesratsparteien» auswirken? Wird es der CVP gelingen, ihren *Sinkflug* der letzten Jahre aufzuhalten oder soweit zu verlangen, dass sie weiterhin als zweite starke bürgerliche Partei eine bedeutende Rolle in der eidgenössischen Politik spielen kann? Wird die SP in dem härter werdenden politischen Klima und Wahlkampf ihre *Doppelrolle* der Regierungsverantwortung und der penetranten Opposition so weit strapazieren, dass sie als Regierungspartner für den Grossteil des Bürgertums unakzeptabel wird?

Die Beantwortung dieser drei Fragen wird definitiv erst am 22. Oktober 1995 möglich sein. Eine *Stärkung des «Regierungslagers»* im eidgenössischen Parlament setzt voraus, dass der Bundesrat wieder als Kollegium auftritt und dass er zusammen mit den Bundesratsparteien einleuchtende Lösungen für die das Volk am stärksten bewegenden Probleme (Drogen, Bundesfinanzen, Arbeitslosigkeit, Respektierung der Volksentscheide in der Europapolitik) zu präsentieren weiss. Mit der Linken werden in diesem Wahljahr noch einige *harte Nüsse* zu knacken sein. Die Auseinandersetzungen beginnen bereits am 4. Dezember mit den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht und mit der Krankenversicherung. Die Unterschätzung des Sicherheitsproblems durch die Linke dürfte uns auch weiter beschäftigen. Die Sanierung des Bundesfinanzaushaltes wird gegen das abwegige, perfide Schlagwort vom «Sozialabbau», die Revitalisierung der Wirtschaft gegen die Diffamierung als «Marktwirtschaftsmafia» (Hubacher) durchgesetzt werden müssen. An politischer Arbeit wird es nicht fehlen – auch wenn man die Meinungsumfrage als das nimmt, was sie ist: ein Stück *Makulatur*.

Alt Nationalrat
 Dr. Kurt Müller, Meilen ZH

Drogenpolitik: wichtige Schritte sind gemacht

Bei den Gesprächen der FDP mit der Suchen von Kompromissen, son-
Feststellen von Übereinstimmungen
sion über konkrete Fragen geführt
Liberalisierung oder Gefängnis-
Extrempositionen haben in der
der Drogenpolitik geführt. Dies
Mitbetroffenen in Familie

 **Parteipräsident Nationalrat
Franz Steinegger**

Die Grundsätze der freisinnigen Drogenpolitik sind am Parteitag vom 23. Juni 1990 in Vevey festgelegt worden. In der Folge hat an einer Arbeitstagung in Bern vom 20./21. März 1992 eine weitere Konkretisierung stattgefunden. Im Verlaufe 1993/1994 haben sich der Delegiertenrat zweimal, die Geschäftsleitung zweimal sowie der Fraktionsvorstand und die Geschäftsleitung an einer gemeinsamen Sitzung mit der Drogenpolitik befasst.

Seit Herbst 1993 haben mit der SP Expertengespräche stattgefunden. Im Sommer 1994 ist auch die CVP dazugestossen. Da die SVP auf gesamtschweizerischer Ebene über kein Expertengremium verfügt, konnten nur beschränkt Informationen ausgetauscht werden.

Alle Massnahmen im Drogenbereich haben bescheidene Erfolgsquoten. Es geht also nicht darum, die verschiedenen Instrumente in einem Entweder-Oder gegeneinander auszuspielen. Vielmehr müssen die Erfolgsquoten der verschiedenen Instrumente addiert werden, es geht um eine Sowohl-Als-auch-Politik. Alles, was mehrheitsfähig ist, soll getan werden.

Franz Steinegger

Der Erfolg dieser Gespräche liegt weniger im Inventar der mehrheitsfähigen Massnahmen vom Juni 1994 als in der Schaffung einer Atmosphäre der offenen

SP und der CVP über Drogenpolitik ging es nicht um das
dern um eine gegenseitige Klärung der Standpunkte und das
und Divergenzen. Aus Sicht der FDP sollte die Drogendiskus-
werden, statt im Austausch ideologischer Sprechblasen über
einweisung zu bestehen. Gerade diese unreflektierten
Schweiz seit einigen Jahren zu einer Stagnation
zum Schaden für die Drogenabhängigen und die
und Gesellschaft.



Diskus-
sion und
der Be-
reitschaft

zur Zu-
sammenarbeit. So-
wohl im therapeutischen als
auch im repressiven Bereich ist
in kürzester Zeit einiges in Be-
wegung geraten. Von der Verdrän-
gung der Probleme ist man zu
konkreten Lösungsschritten ge-
kommen.

Extremstandpunkte

Die FDP lehnt sowohl die Liberalisierung der Drogen als auch die Vorstellung ab, das Drogenproblem könne allein mit Gefängnis und Strafrecht gelöst werden.

Eine Liberalisierung in der Schweiz würde gegen internationale Abmachungen verstossen und die Schweiz zu einem Zentrum des Drogenhandels und des Drogenkonsums machen. Überdies gelten auch die Marktprinzipien nicht. Der Nachfrager wird

süchtig und krank. Er ist kein freier Marktteilnehmer.

Ebenso unsinnig ist die Vorstellung, eine drogenfreie Gesellschaft mittels Gefängnis herbeiführen zu können. Es gibt in keinem Staat mit einer freiheitlichen Gesellschaft drogenfreie Gefängnisse. Die HIV-Ansteckungsgefahr ist in den Gefängnissen sogar höher. Überdies ist der Drogenkonsum wie die Verletzung von Verkehrsregeln ein Übertretungstatbestand, der kaum zur Inhaftierung berechtigt.

Grundsätze der freisinnigen Drogenpolitik

Grundsätzlich geht es darum, dass alle Stufen, nämlich Bund, Kantone, Gemeinden und Familien, ihre Verantwortung wahr-

nehmen. Angesprochen sind alle, es geht um eine flächendeckende Verantwortung. Es kann nicht an-gehen, dass bei 3923 Rückführungen aus Zürich die Zuführung in 2176 Fällen nicht klappt, weil die Fürsorgebehörden der Gemeinde nicht rechtzeitig erreichbar waren oder an der Rückführung nicht «interessiert» waren. Um aber die Aufgaben wahrnehmen zu können, braucht es einige Instrumente.

Prävention einschliesslich Früherkennung sowie Frühbehandlung von Gefährdeten und Neueinsteigern. Schaffung sozialtherapeutischer Institutionen und Erlass von gesetzlichen Grundlagen für die vorübergehende Zwangseinweisung

Für Entzugsmassnahmen scheinen die Einrichtungen zu genügen. Für Therapiemassnahmen sind sie aber ungenügend und nicht koordiniert.

Für die Einweisung von Unmündigen in den Entzug und die Therapie genügen die gesetzlichen Grundlagen. Sie müssen aber von Eltern und Fürsorgebehörden angewendet werden. Art. 310 in Verbindung mit 314a und 405a ZGB.

Für Erwachsene bzw. mündige Personen ist die gesetzliche Grundlage zu schwach. Die FDP hat deshalb für Art. 15b des Betäubungsmittelgesetzes folgende Ergänzung vorgeschlagen:

«1 Betäubungsmittelabhängige mündige oder entmündigte Personen können bei unmittelbarer Gefahr schwerer Verwahrlosung in einer ge-

eigneten Anstalt untergebracht werden.

- 2 Die betroffene Person muss entlassen werden, sobald der Zustand es erlaubt. Zwecks Motivierung für eine Langzeittherapie können Suchtkranke bis höchstens 4 Monate in sozialtherapeutischen Institutionen zurückbehalten werden.
- 3 Im übrigen sind die Artikel 397 Bst. a ff. ZGB anwendbar.»

Nach Auffassung der FDP ergibt sich folgende therapeutische Abfolge:

- Entzug 1–2 Wochen (notfalls zwangsweise)
- Therapiemotivation bis 4 Monate (notfalls zwangsweise)
- Langfristtherapie (freiwillig)

Die FDP hat im Sommer 1994 eine derartige Ergänzung der gesetzlichen Möglichkeiten gefordert. Die SVP, welche «Letten räumen» rief, hat offenkundig erst im Herbst 1994 bemerkt, dass die gesetzlichen Grundlagen fehlen.

Wie Methadon und Kokain sollen die Kantone im Rahmen der ärztlichen Behandlung von schwer Drogenabhängigen auch Heroin als Überbrückungshilfe mit dem Ziel des Ausstiegs aus Kriminalität sowie zur langfristigen Rehabilitation ärztlich kontrolliert abgeben können.

Es geht also nicht um eine Liberalisierung, sondern um die rechtliche Gleichstellung von Heroin mit Methadon und Kokain im Betäubungsmittelgesetz. Es handelt sich nach wie vor um eine verbotene Droge. Die medizinische Anwendung ist jedoch erlaubt. Die FDP ist der Meinung, dass es sich bei der Heroinabgabe um hochstrukturierte Programme entsprechend den gegenwärtigen Versuchen handeln soll (mehrjährige Drogenkarriere, mehrere Entzugsversuche, kontrollierte Abgabe an Ort, grundsätzlich ohne Abgabe von Vorrat, therapeutische Massnahmen).

Die Kantone sind nicht verpflichtet, dieses Instrument einzusetzen. Wenn beispielsweise die Westschweizer Kantone mit anderen Massnahmen zum Ziele kommen, um so besser. Es wird

jedoch erwartet, dass die Kantone ihre Probleme anpacken und nicht einfach die Augen schliessen in der Hoffnung, der Süchtige werde dann in Zürich behandelt. Ein Bahnbillett «Zürich einfach» ist keine genügende Drogenpolitik.

Die FDP ist überzeugt, dass die Heroinabgabe einen Beitrag zur Beseitigung der offenen Drogenszene leisten kann. Im Visier sind dabei vor allem die sogenannten Altfixer, Prostituierte usw.

Entscheidend ist aber, dass bei allen Therapiemassnahmen zirka zwei Drittel aussteigen oder ausgeschlossen werden müssen. Die Gegner jeder Heroinabgabe sind bisher jede Antwort schuldig geblieben, was hier geschehen soll. Was geschieht mit Leuten nach wiederholten und erfolglosen Entzugsanläufen? Was macht man im Rückfall mit einem HIV-positiven Drogenabhängigen, bei dem Aids bereits ausgebrochen ist? Ehrlicherweise muss auch zugegeben werden, dass für die Therapierung aller Drogenabhängigen sowohl die Einrichtungen als auch das Geld fehlt. Die ärztlich kontrollierte Abgabe sogar in einem hochstrukturierten Programm kostet drei- bis achtmal weniger als ein Therapieplatz.

Therapiestationen im Ausland sind eine mögliche Lösung. Hingegen ist eine zwangsweise Einweisung in eine Therapiestation im Ausland auf Grund der Bundesverfassung nicht möglich.

Viele Gegner einer ärztlich kontrollierten Heroinabgabe bekämpfen auch die Abgabe von Spritzen (z. B. Initiative Jugend ohne Drogen). Die Erfahrung zeigt heute, dass die HIV-Durchseuchung des Drogenmilieus durch die Abgabe von Spritzen von vierzig auf vier Prozent reduziert werden konnte. Mit diesem Ergebnis ist die Frage medizinisch und ethisch beantwortet.

Jede Produktion und jeder Handel bleibt strafbar, strafbar bleibt auch der öffentliche Konsum.

Der Drogenkonsum ist erst 1974 mit einem Übertretungstatbestand strafbar gemacht worden. Aus Präventionsgründen und zur

Bekämpfung von offenen Drogenszenen ist die Bestrafung des öffentlichen Drogenkonsums richtig.

Angesichts der polizeilichen Möglichkeiten und der Tatsache, dass man zu Hause jeden Abend einen Liter Schnaps trinken kann und dass auch der Selbstmordversuch nicht strafbar ist, ist es fragwürdig, den Drogenkonsum in den eigenen vier Wänden zu kontrollieren und zu bestrafen. Der Polizei fehlen die notwendigen Bestände und die verhältnismässigen Eingriffsmöglichkeiten (Hausdurchsuchung), um sich hier durchsetzen zu können. Es ist deshalb sinnvoll, sich auf das Notwendige zu konzentrieren.

Bekämpfung der Grosskriminalität

In diesem Zusammenhang kann auf den «Bericht, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz» der FDP vom Oktober 1993 verwiesen werden.

Es ist daran zu erinnern, dass der polizeiliche Nachrichtendienst durch die übertriebene Fichendiskussion praktisch zerschlagen worden ist. Ebenso fehlen geeignete gesetzliche Grundlagen für eine effiziente verdeckte Fahndung in der Schweiz.

Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht

Gegen grosses Geschrei ist von der FDP im Sommer 1993 gefordert worden, dass Ausländer während des Asylverfahrens oder des Wegweisungsverfahrens notfalls durch eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit an weiteren kriminellen Handlungen gehindert werden sollen. Überdies soll Ausländern die Anwesenheit in Sperrgebieten verboten werden können mit der Sanktion der Inhaftierung.

Bundesrat und Parlament haben dann mit dem Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht rasch reagiert. Gegen dieses Bundesgesetz ist das Referendum ergriffen worden. Das Volk wird am 4. Dezember 1994 Gelegenheit bekommen, hierzu Stellung zu nehmen.

Probleme lösen

Die ideologisierte Drogendiskussion hat nur folgenloses Jammern gebracht. Manchmal hat man den Eindruck, dass gewisse politische Gruppen auf eine entscheidungslose Fortschreibung der Krise in der Drogenpolitik angewiesen sind und deshalb jeden Schritt zur Lösung verhindern wollen. Je weniger man von den konkreten Problemen kennt, desto emotionaler und sturer sind die Positionen.

Die FDP ist der Auffassung, dass auch in der Drogenpolitik der Sachverstand, die Erfahrung und der Versuch mit weiteren Instrumenten richtig sind. Wir wollen die Probleme nicht bejammern, sondern lösen. Wichtige Schritte sind dabei gemacht. Die Resultate dieser Politik werden bald zeigen, dass die Ideologen unrecht haben.

HOTEL ****

Aeschi Park

Für Kurzentschlossene

aktive oder erholsame Wochenenden in Aeschi bei Spiez über dem Thunersee im Hotel Aeschi-Park.

Der ideale Ausgangspunkt im Berner Oberland; weg vom grossen Massentourismus.

Freitag bis Sonntag für Fr. 140.– pro Person

in grossem luxuriösem Einzel- oder Doppelzimmer mit Älpler-Frühstücksbuffet. Auf Wunsch mit Halbpension für Fr. 50.– pro Person für die gleiche Dauer. Fahrräder sind vorhanden. Ideal auch für Seminare und Bankette.

Die ganze Mannschaft freut sich auf Ihren Besuch.

Markus Laenzlinger
und Mitarbeiter

Reservierung erwünscht:
Hotel Aeschi-Park
3703 Aeschi bei Spiez
Tel. (033) 55 61 33

«Tagesschulen sind notwendig»

Mit den Themen Gleichstellungsgesetz, Mutterschaftsversicherung sowie Tagesschulen und Blockzeiten stand die jüngste Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen Schweiz im Zeichen von aktuellen Frauenpostulaten. Da die Notwendigkeit von Tagesschulen unbestritten war, beschloss die von Franziska Frey-Wettstein aus Zürich präsidierte Vereinigung, eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema einzusetzen.

Madeleine Kuhn-Baer*

24 Präsidentinnen von FDP-Frauengruppen hatten sich in Zürich eingefunden, um über aktuelle Frauenthemen zu diskutieren. In ihren Mitteilungen kam die Vorsitzende des schweizerischen Dachverbandes, Kantonsrätin Franziska Frey-Wettstein aus Zürich, zunächst auf die jüngsten Entwicklungen in der Diskussion um die 10. AHV-Revision zu sprechen.

Die FDP-Frauen Schweiz hatten sich wie berichtet anlässlich ihrer Jahrestagung in Baden in einer Konsultativabstimmung deutlich zugunsten der Revision und damit auch für das Rentenalter 64 für Frauen ausgesprochen. Sie setzen dabei jedoch voraus, dass bei der tatsächlichen Umsetzung der Gleichstellung insbesondere auch im Berufsleben nun zügig Verbesserungen erfolgen. Abstimmungstermin ist voraussichtlich der Juni 1995.

Weitere Mitteilungen betrafen eine gemeinsame Veranstaltung der bürgerlichen Frauen, die am Samstag, 16. September 1995, in Zürich stattfinden soll (bitte Datum bereits jetzt in der Agenda dick anstreichen), RU 486 (siehe Separatbericht) sowie die parlamentarische Initiative Haering Binder bezüglich Fristenlösung, deren Behandlung auf die nächste Session verschoben worden ist.

Differenzen beim Gleichstellungsgesetz

Detailliert ging Frey-Wettstein auf die Diskussionen rund um das Gleichstellungsgesetz ein. Die Differenzen zwischen National- und Ständerat sind derart gross, dass die nationalrätliche Kommission nochmals darüber befinden muss. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe der beiden Räte soll vorgängig einen konsensfähigen Vorschlag ausarbeiten. Die Arbeitgeberseite hat das Referendum angedroht, falls der Nationalrat auf die Linie des Ständerates einschwenken sollte.

Wie in der letzten Ausgabe des «Freisinn» dargelegt, fordern die FDP-Frauen Schweiz in Übereinstimmung mit den CVP- und SVP-Frauen Mutterschaftsleistungen für alle Mütter. Die Frauenorganisationen der bürgerlichen Bundesratsparteien haben ihren Standpunkt am 8. September 1994 in einer gemeinsamen Pressekonferenz bekräftigt. Weitere Aktivitäten sind in Planung.

Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage

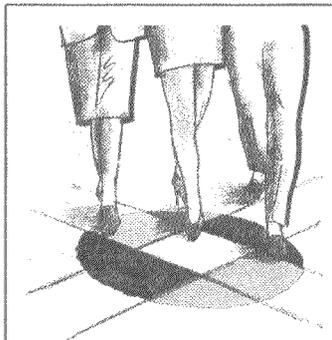
Auf grosses Interesse stiess an der Präsidentinnenkonferenz das Referat von Ursula Rellstab, Präsidentin des Vereins Tagesschulen Schweiz, zum Thema «Tagesschulen, Blockzeiten». Bei den familienergänzenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten besteht eine grosse Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Die Referentin ging auf verschiedene Modelle wie Spielgruppen, Tagesmütter, Mittagstisch, Hort,

Blockzeiten und Tagesschulen ein.

Letztere dürfen keineswegs ein Obligatorium darstellen: Eltern sollten stets die Wahl zwischen einer Tages- und einer herkömmlichen Schule haben. Als wünschenswert erachtete Rellstab sogenannte «Auffangzeiten» als Ergänzung zu den Blockzeiten; Kinder sollten vor und nach der Schule bei Bedarf zuverlässig betreut und beaufsichtigt werden.

Bei den Tagesschulen kann es nach Meinung der FDP-Frauen nicht darum gehen, das Kind «dem Staat anzuhängen». Vielmehr soll eine familien- und berufsgerechte Betreuungsform verwirklicht werden.

Die Präsidentinnen beschlossen nach angeregter Diskussion, eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema einzusetzen. ■



Im Kommen.
Die Freisinnig-Demokratischen Frauen.

En marche.
Femmes radicales-démocratiques.

In arrivo.
L'unione svizzera delle donne liberali radicali.

Dass die freisinnigen Frauen im Kommen sind, beweist auch ihre neue Broschüre, die auf dem Generalsekretariat bestellt werden kann. ■

RU 486 in der Schweiz endlich zulassen

mb. Es gibt Neues in Sachen RU 486. Zur Erinnerung: Die FDP-Frauen Schweiz hatten im Juni 1993 in einem offenen Brief Bundesrätin Dreifuss gebeten, an die Firma Hoechst-Pharma AG zu gelangen, damit im Interesse vieler Frauen das Verfahren zur Registrierung von RU 486 als Alternative zum chirurgisch vorgenommenen Schwangerschaftsabbruch in der Schweiz bei der IKS beschleunigt werde. In ihrer Antwort schrieb Bundesrätin Dreifuss, dass ihr die Annahme von RU 486 als Medikament zwar wünschenswert scheinete. Sie wolle jedoch davon absehen, bei der Firma Hoechst auf eine Beschleunigung des Registrierungsverfahrens hinzuwirken. Die FDP-Frauen Schweiz zeigten sich damals von der bundesrätlichen Antwort enttäuscht. Nun erfolgt ein neuer Anlauf: Die FDP-Frauen Schweiz haben einen Brief der Schweizerischen Vereinigung für Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs, SVSS, mitunterschieden. Er ist an die Schweizerische Sanitätsdirektorenkonferenz gerichtet und fordert das Gremium auf, «von der Firma Roussel-Uclaf in Paris bzw. der Hoechst Pharma AG in Zürich zu verlangen, dass sie endlich das Gesuch für die Zulassung von RU 486 in der Schweiz stellen». Von einer solchen Aufforderung erhoffen sich die Initiantinnen, dass sie der Markteinführung von RU 486 in unserem Land zum Durchbruch verhelfen kann. Es sei unannehmbar, dass den Frauen und der Ärzteschaft in der Schweiz die Teilhabe an diesem medizinischen Fortschritt vorenthalten werde, heisst es im erwähnten Brief. ■

* Landrätin und Präsidentin der FDP-Frauen-Gruppe des Kantons Glarus.

Über den Tag hinaus.



USMKITOS



Führungskräfte prägen die Seele eines Unternehmens. Ambiente und Organisation machen sie sichtbar. Als Spiegel der persönlichen Geisteshaltung. Wir gestalten mit Ihnen Arbeitswelten, die zu Dialog und Teamarbeit einladen. Offen für neue Ideen und zukünftige Aufgaben. Über den Tag hinaus.

Wir senden Ihnen gerne weitere Informationen. Damit wir Sie schnell bedienen können, geben Sie bitte folgende Referenz Nr. an: KE1

USM U. Schärer Söhne AG
CH-3110 Münsingen
Telefon 031 720 72 72
Telefax 031 720 72 38

Eine Frau an der Spitze der Schweizer Jungliberalen

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) lud zum Jahreskongress nach Luzern ein. Dabei wählte sie als neue Präsidentin Ylva Eriksson aus Zürich. Sie löst den nach vier Amtsjahren zurückgetretenen Andreas Gadmer an der Spitze der grössten Schweizer Jungpartei ab.

jbs. Zu Beginn der Veranstaltung blickte Präsident Andreas Gadmer auf das vergangene JBS-Jahr zurück. Er strich insbesondere die Bemühungen der JBS im Bereich der europäischen Integration heraus. Anschliessend wurde das Wort für die Déchargeerteilung an die Vizepräsidentin der JBS, an Ylva Eriksson, übergeben.

Andreas Gadmer war die letzten vier Jahre als Präsident für die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) verantwortlich. Eriksson dankte ihm im Namen der JBS für die wertvolle Arbeit an der Spitze der grössten Schweizer

Jungpartei. Als nächstes Traktandum standen die Wahlen auf dem Programm. Nach mehrjähriger Tätigkeit schieden Carl Bhend, Karin Feuz-Ramseyer und Gérald Hammel aus dem Zentralvorstand der Jungliberalen Bewegung der Schweiz aus. Nach längeren Diskussionen wurden folgende Jungliberale für den Zentralvorstand verpflichtet:

Ylva Eriksson, Präsidentin (ZH), Davide Robbiani, Vizepräsident (TI), Sabine Döbeli, Vizepräsidentin (SO), Pascal Pernet, neu, Kassier (GR), Ueli Grüter, Zentralvorstand (LU), Raphael Weibel, ZV (BE), Yanik Felley, ZV



Ylva Eriksson: die neue Präsidentin des JBS.

(VS), Carl-Gustav Mez, ZV (BS), Franck Renggli, neu, ZV (JU), Grégoire Baudin, neu, ZV (VD), Christian Hasler, neu, ZV (GL).

Im Anschluss an die Wahlen wurde der scheidende Präsident unter grosser Akklamation zum Ehrenmitglied der JBS gewählt.

Keine Lösung in Sicht

Am Jahreskongress der Jungliberalen Bewegung Schweiz (JBS) stand eine Podiumsdiskussion zum Thema: «AHV – Die Jungen von heute – die Bettler von morgen?» auf dem Programm. Patentrezepte scheint es zu diesen Problemen keine zu geben, wie man den Voten der anwesenden National-, Stände- und Kantonsräte entnehmen konnte.

jbs. Zu Beginn der Veranstaltung hatte FDP-Präsident Franz Steingger die Gelegenheit, einige Worte an die jungliberalen Delegierten aus der ganzen Schweiz zu richten. Er verdeutlichte mit eindrücklichen Zahlen die grosse Problematik: «Wir werden im Jahre 2030 die höchste Altersquote weltweit haben! Im Jahr 2040 werden auf einen Erwerbstätigen 2,2 Rentner fallen! Wie können wir angesichts dieser Tatsachen den Generationenvertrag

noch aufrechterhalten?» Neben dem FDP-Präsidenten nahmen Christoph Bugnon, jungliberaler Grossrat (LU), Angeline Fankhauser, SP-Nationalrätin (BL), Markus Kündig, CVP Ständerat (ZG) sowie Franziska Tröesch, Präsidentin der FDP-Frauen des Kantons Zürich, an der Podiumsdiskussion teil. Die Leitung hatte Martin Merki, Redaktor der «Luzerner Zeitung».

Zentraler Diskussionspunkt war die Heraufsetzung des Ren-

tenalters für Frauen auf 64 Jahre. Während sich Markus Kündig, Franziska Tröesch, Christoph Bugnon sowie die meisten anwesenden Jungliberalen für diese Heraufsetzung einsetzten, opponierte die SP-Nationalrätin Angeline Fankhauser stark. Die Aktualität des Themas machte die Diskussion besonders spannend.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Zweite Sommeruniversität 1995

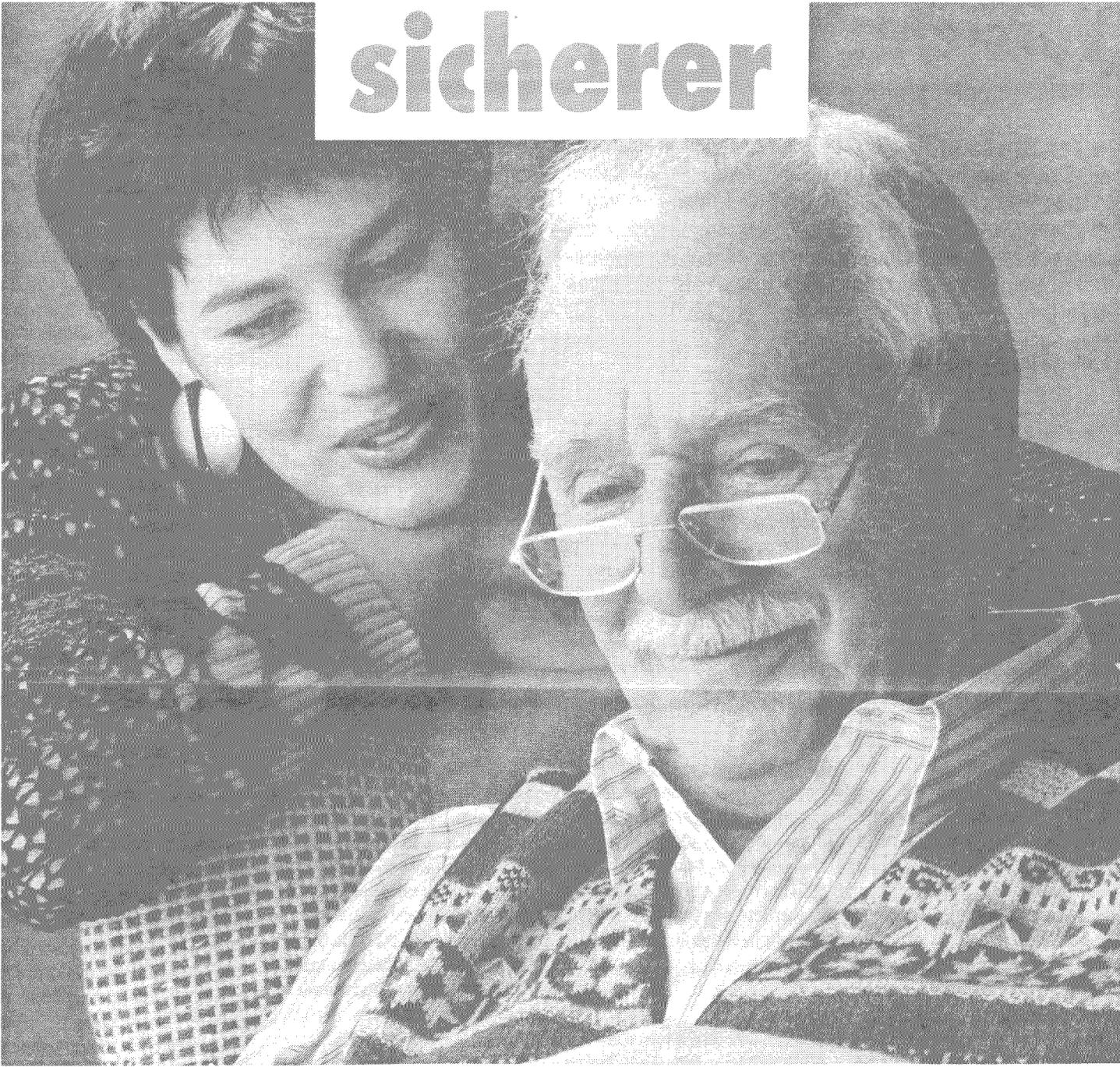
Vom 21. bis zum 24. August 1995 findet die zweite Sommeruniversität in Neuenburg statt. Interessante Persönlichkeiten werden den Jugendlichen wiederum Red und Antwort stehen. Teilnahmeberechtigt sind politisch interessierte Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 28 Jahren. Weitere Informationen erhalten Sie unter Tel. (031) 311 34 38 (Blaise Roulet).

Für kontrollierte Heroinabgabe

An ihrem Jahreskongress diskutierten die Jungfreisinnigen auch über das Drogenproblem. Hier herrscht eine grosse Kluft zwischen der Meinung der Westschweizer und derjenigen der Deutschschweizer. Während die Deutschschweizer Jungliberalen eine kontrollierte Heroinabgabe an Schwerststüchtige befürworten, sprechen sich die Westschweizer für Repression aus. Nach einer intensiven Diskussion entschieden sich die Delegierten für den sanfteren Weg und bestätigten somit den Kurs des Zentralvorstandes.

JBS für Zwangsmassnahmen

Über die im Dezember anstehende Abstimmung über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht orientierte der Luzerner Ständerat Robert Bühler. Er überzeugte die Delegierten von der Notwendigkeit dieser Massnahmen. Die JBS-Delegierten beschlossen grossmehrheitlich die Ja-Parole.



sicherer

**zu einem Krankenversicherungsgesetz,
das sicherer und gerechter ist!**

Ja
am 4. Dez.

- Prämienverbilligung für wirtschaftlich Schwächere
- Volle Freizügigkeit beim Wechsel der Krankenkasse dank Obligatorium
- Klarer, erweiterter Leistungskatalog
- Gleiche Prämien für Mann und Frau

BÜRGERLICHES KOMITEE FÜR EINE ZUKUNFTSGERE CHTE KRANKENVERSICHERUNG
GILBERT COUTAU, SR/LPS - PHILIPPE PIDOUX, NR/FDP - ALBRECHT RYCHEN, NR/SVP - EVA SEGMÜLLER, NR/CVP

Energiewende in Sicht? Vorsicht: Falle!

In der Oktober-Nummer hat Andreas Gadmer, Präsident JBS, die Energie-Umwelt-Initiative und die Solarinitiative als echte energiepolitische Alternative angepriesen. Damit unterstützen die Jungfreisinnigen zusammen mit einer beeindruckenden Anzahl Persönlichkeiten aus allen bürgerlichen Parteien zwei Initiativen links-grüner Herkunft. Konvergenz der Meinungen für eine sachgerechte Lösung energiepolitischer Probleme oder schlicht reingefallen?

◉ Jürg E. Bartlome*



Vor zehn Jahren schon war einer Energieinitiative zur Einführung von Energiesteuern vor dem Souverän kein Erfolg beschieden, und auch der 1990 angenommene Energieartikel der Bundesverfassung verzichtet bewusst auf Energiesteuern. Nun soll mit der Energie-Umwelt-Initiative erneut versucht werden, eine Verfassungsgrundlage für Abgaben auf nicht-erneuerbaren Energien und der Wasserkraft zu schaffen.

Diesmal kommt das Anliegen in der Form von Lenkungsabgaben ungenügend daher, wobei die Vorlage daran krankt, dass sie den anerkannten Anforderungen, die an Lenkungsabgaben zu stellen sind, nicht genügt. Insbesondere berücksichtigt sie nicht, dass durch die Einführung einer Energieabgabe der Wirtschaftsstandort Schweiz wegen der mangelnden internationalen Harmonisierung weiteren Belastungen ausgesetzt wäre. Da nützt auch das Argument nichts, im internationalen Vergleich seien die Energiepreise der Schweiz relativ tief. Abgesehen davon, dass unser Land für den Industriesektor die höchsten Strompreise kennt, ist

* Geschäftsführer des Energieforums Schweiz, FDP-Parteipräsident Münchenbuchsee und Amt Fraubrunnen, Delegierter der FDP Schweiz, Mitglied des Grossen Gemeinderates von Münchenbuchsee (Gemeindeparlament).

einzig wichtig, dass mit der Energie-Umwelt-Initiative die Gesamtbelastung der Produktionsfaktoren im Vergleich zum Ausland zusätzlich verschärft würde.

Interessant übrigens, dass im vielzitierten Beispiel Dänemark, welches eine Energiebesteuerung eingeführt hat, Industrie und Gewerbe gleich wieder von der Abgabepflicht befreit wurden.

Kontingentierung gefordert

Rückkommen auf gescheiterte Anliegen, haben wir gesagt. Dies gilt in besonderem Masse für eine Absicht, die links-grüne Kreise schon seit Beginn der achtziger Jahre zu realisieren versuchen, nämlich die bezifferte mengenmässige Limitierung des Energiekonsums.

Diese Forderung prägte insbesondere den unglücklichen Verlauf der Arbeiten der Expertengruppe Energieszenarien (EGES), konnte bisher aber aus der Verfassung herausgehalten werden. Bedauerlicherweise rutschte sie dann in das bundesrätliche Aktionsprogramm «Energie 2000»: Dort wird gefordert, der Gesamtverbrauch von fossilen Energien sei zwischen 1990 und 2000 zu stabilisieren und anschliessend zu reduzieren, während die Verbrauchszunahme von Elektrizität in den neunziger Jahren zunehmend zu dämpfen und die Nachfrage ab 2000 zu stabilisieren sei.

Als einziges Land der Welt haben wir uns zu solchen Zielen verführen lassen, die – werden

sie ernst genommen – zu einer Kontingentierung des Energieangebots führen müssten und damit im Widerspruch zur verfassungsmässigen Pflicht einer ausreichenden und wirtschaftlichen Energieversorgung stehen würden.

Gipfel der Illusion in der Reihe solcher Forderungen ist der Absenkpfad, den die Initiative in ihren Übergangsbestimmungen fordert: Der Verbrauch der nicht-erneuerbaren Energieträger soll innert acht Jahren stabilisiert und anschliessend während 25 Jahren um durchschnittlich ein Prozent pro Jahr vermindert werden. Im Klartext: in einem Zeitraum von nur dreissig Jahren eine Abnahme des Energieverbrauchs um einen Viertel!

Überschätzte Alternativenergien

Eine solche Verknappung wäre nur akzeptabel, wenn die Aussicht bestünde, in der gleichen Zeit eine effiziente Versorgung durch alternative Energien aufbauen zu können. Hier versucht die Solarinitiative wirksam zu werden, die mit jährlich bis zu einer Milliarde Franken alternative Energien und insbesondere die Sonnenenergie fördern möchte.

Wenn auch einzuräumen ist, dass die alternativen Energien langfristig gerne unterschätzt werden, so ist nicht minder wahr, dass ihre kurz- und mittelfristige Bedeutung von vielen überschätzt wird. Seriöse Energiepolitik kann nicht daran vorbeigehen, dass für eine Energiewende die Zeit nicht reif ist und eine andere Energieversorgung aus Gründen der technischen Machbarkeit erst nach vielen Jahrzehnten eingeführt werden kann.

Der richtige Weg darf deshalb nicht über die geplante Anbauschlacht für alternative Energien gehen, die heute – trotz allen

Subventionen – keine realistische Aussicht auf Marktreife haben, sondern vielmehr über grosszügige Energieforschungsprogramme, sei es auf nationaler oder auf internationaler Ebene.

Tatsachen

Die Entgegnung wäre unvollständig, würde sie nicht auf zwei Tatsachen hinweisen, die die Energieversorgung prägen:

■ Die Rechnung, wonach das Sonnenenergiepotential der Schweiz die Energieimporte unseres Landes mehrfach ersetzen könnte, geht an der simplen Tatsache vorbei, dass die herkömmlichen Energien so ausgelegt sind, dass sie jederzeit – wann immer sie gebraucht werden – zur Verfügung stehen. Auch in der Nacht, wenn's dunkel, und im Winter, wenn's kalt ist!

■ Die Forderung nach immer höheren fiskalischen Belastungen der Energie geht an den Entwicklungstendenzen im europäischen Energiemarkt vorbei, wo mit den Forderungen nach Liberalisierung die preisliche Konkurrenzfähigkeit auch der leistungsgebundenen Energien Gas und Strom für den Weiterbestand der nationalen Energieversorgung ausschlaggebend sein wird.

Realität: Knappheit

Die behauptete Energiewende ist somit nicht in Sicht! Die von der Internationalen Energieagentur (IEA) und neuerdings auch von einer im Auftrag des Bundesamtes für Energiewirtschaft erstellten unabhängigen Studie vorausgesagten Knappheiten in der Energieversorgung der Schweiz sind dagegen drohende Realität. Wir dürfen nicht mit Hoffnungen auf neue Entwicklungen, die frühestens übermorgen zur Verfügung stehen werden, die Notwendigkeit verdecken, heute dafür zu sorgen, dass morgen die Energieversorgung getreu dem Verfassungsauftrag in ausreichendem Masse und zu wirtschaftlichen Bedingungen zur Verfügung stehen wird. ■

Frauen informieren Frauen



Symbol des Arbeitskreises Frau und Ökonomie.

Frauen sind ein Teil der Wirtschaft. Als Erwerbstätige, als Familienfrauen, als Konsumentinnen. Und Frauen sind Stimmbürgerinnen, die sich auch zu Wirtschaftsfragen eine Meinung bilden und sich an der Urne dazu äussern. Frauen hört man

noch zu selten, zu Wirtschaftsfragen öffentlich Stellung zu beziehen.

Der überparteiliche Arbeitskreis Frau und Ökonomie ist aus dem Aktionskomitee «Schweizer Frauen für den EWR» hervorgegangen. Er versteht sich nach wie vor als Gruppierung von Frauen aus allen Parteien, die sich mit europa- und wirtschaftspolitischen Themen auseinandersetzen und sich öffentlich dazu äussern. Dabei betonen die Mitglieder bewusst ihre Gemeinsamkeiten, vertreten das gemeinsame Ziel aus individueller Optik und mit persönlichen Schwerpunkten.

Getreu dem Motto «Weil wir Frauen an der Zukunft bauen» wollen wir denn auch unser Ziel der adäquaten Integration der

Schweiz in Europa weiterverfolgen. Bis jedoch wieder eine entsprechende Vorlage bereit ist, wollen wir aktiv die Mosaiksteine zusammentragen, welche unser Land europa- und wettbewerbsfähiger machen und uns für die entsprechenden Vorlagen engagieren, gleichzeitig aber auch Basisinformation für wichtige wirtschaftspolitische Anliegen aufarbeiten. Im Vordergrund steht 1994/95 die Informationstätigkeit zum neuen Gatt, das von Bundesrat und Parlament in dieser Zeit ratifiziert werden soll. Diese Beschlüsse unterstehen dem fakultativen Referendum. Mitglieder des Arbeitskreises haben sich vertieft mit diesem Thema befasst und stehen interessierten Organisationen als Referentinnen zur Verfügung. Ausserdem gibt der Arbeitskreis Anfang Herbst eine Informationsbroschüre zum neuen Gatt heraus.

Dem Co-Präsidium des Arbeitskreises gehören an: Josi J. Meier (CVP), Monika Weber (LdU), Vreni Spoerri (FDP), Lili Nabholz (FDP), Judith Stamm (CVP), Brigitta M. Gadiant (SVP), Christiane Brunner (SP), Gret Haller (SP), Alma Bacciarini (FDP), Monique Paccolat (CVP), Margrit Meier (SP). Das Sekretariat führt Gabriela Winkler, Kommunikationsberaterin, Oberglatt.

Der Arbeitskreis verzeichnet 480 Frauen aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften als Mitglieder und finanziert sich über freiwillige Mitgliederbeiträge und Spenden. Interessentinnen sind herzlich eingeladen, sich beim «Arbeitskreis Frau & Ökonomie», Birchweg 13, 8154 Oberglatt, telefonisch ([01] 851 09 20) oder schriftlich (Telefax [01] 850 46 92) zu melden.

LESERBRIEF

Vergammelte Demokratie

Unser Schweizer Regierungssystem ist phantastisch. Spurlos kann es von Demokratie in Diktatur übergehen, ohne dass es jemanden stört. Warum? Je mehr Bürgerinnen und Bürger sich degagieren (Gegenteil von engagieren!), desto stärker wird die schweizerische Diktatur. Denn es bleiben immer Minderheiten – zum Beispiel Lobbies, Verbände, Kartelle, Gewerkschaften, Medien, Behörden usw. –, die nicht schlafen. Die Vergammelerung der Demokratie hat viele Beispiele:

■ **Gedankenlosigkeit:** Die öffentlichen Verwaltungen bauen einen Schuldenberg von 170 Milliarden, weil sie jährlich und seit Jahren bis zu zwanzig Prozent mehr ausgeben als einnehmen. Aber das Schweizervolk ergibt sich in Gedankenlosigkeit und glaubt, die Verantwortung liege allein bei den (vom Volk gewählten) Politikern!

■ **Kolonialismus:** Laufend ist zu lesen, dass eine zunehmende An-

zahl Schweizer übermässig Subventionen, Beiträge usw. bezieht und dadurch auf Kosten anderer Schweizer lebt. So beginnt Kolonialismus und Ausbeute.

■ **Degagierung:** Schweizerinnen und Schweizer, die sich gesellschaftlich wenig engagieren, aber viel erwarten vom Bundesrat, Vorgesetzten, Lehrer usw. Noch knapp fünf Prozent der Bevölkerung bezahlt Beiträge an politische Parteien. Und der «Frauen-Power»? Zum Glück gibt es eine selbstbewusste Minderheit, die sich kompetent engagiert, ohne Quotengejammer.

■ **Erstarrung:** Wachsende Berge von Gesetzen, Vorschriften, Subventionen usw. machen gesellschaftlich denkende Menschen überflüssig und fördern funktionäres Denken, modisches Abseitsstehen und Populistik. Überschattet von alldem, ist die Demokratie am Erstarren.

■ **Privatisierung:** Ausserhalb der Medien fehlen Räume für eine öffentliche Auseinandersetzung. Immer mehr Leute leben zurückgezogen und abgekapselt in ihrer Privatwelt, die Mattscheibe als Fenster zur «öffentlichen» Welt. Mit ein Grund für

den Graben zwischen Volk und Regierung.

■ **Mediatisierung:** Medien sind derzeit weltweit sowohl bei der Vermittlung als auch bei der Produktion der «öffentlichen Meinung» federführend. Ein direkter Dialog mit der Öffentlichkeit findet dabei nur selten statt.

■ **Schlussfolgerung:** Wir vom Volk bestimmen, was Demokratie ist! Passiv oder aktiv, das bleibt leider die Frage. Ich empfehle für

die Nationalratswahlen 1995 nur noch Volksvertreter(innen) zuzustimmen, die ihre Leistungen für Volk und Demokratie vorweisen können. Ihre Versprechen sind an ihren Taten messbar. Zudem bitte ich meine Partei um sichtbare Taten bei der Abschaffung der behördlichen Schweigepflicht und der Einführung der Informationspflicht ab 1. Januar 1995.

Jürg Jehle, Brugg, Demokrat

Konferenzmappe FDP: das ideale Geschenk

In Patchwork-Leder, schwarz, mit Schreibblock und Kugelschreiber, Fr. 40.–

Wir bestellen _____ Ex. der Konferenzmappe FDP

Name:

Vorname:

11/94

Adresse:

PLZ/Ort:

Talon bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Werbematerial, Postfach 6136, 3001 Bern, oder Fax (031) 312 19 51

Gewinnen Sie unsere Leserschaft

Mit einem Inserat in der Parteizeitung der schweizerischen FDP erreichen sie über 80 000 Leserinnen und Leser in der ganzen Schweiz. Diese sind überdurchschnittlich am öffentlichen Leben interessiert und über-

durchschnittlich aktiv – sonst wären sie nicht in einer Partei. Mit Ihren guten Angeboten können auch Sie unsere eigenständige, kritische und engagierte Leserschaft für sich gewinnen. – Ein Versuch lohnt sich!

INSERTIONSTARIF

Druckunterlagen

Schwarzweiss- und Anzeigen mit Buntfarben:
Seitenverkehrte Positivfilme (5% Lichtpunkt)
Reprofähige Aufsichtsvorlagen (10% Lichtpunkt)
Farbmuster

Lithoherstellungskosten sind im Inseratpreis nicht inbegriffen.

Anzeigenformate

In mm Breite×Höhe

| | | | |
|---------|---------|--------|--------|
| 1/1 | 1/2 | 1/4 | 1/8 |
| 188×282 | 92×282 | 44×282 | 44×140 |
| | 188×140 | 92×140 | 92×69 |
| | | 188×69 | |

Effektive Nutzbreite

| | |
|------|--------|
| 1sp. | 44 mm |
| 2sp. | 92 mm |
| 3sp. | 140 mm |
| 4sp. | 188 mm |

Beilagen

Technische Angaben auf Anfrage.
Anlieferung franko Domizil.

Anzeigenabschlüsse

Laufzeit 1 Jahr. Format- und Sujetwechsel möglich.

Lieferadresse für Druckunterlagen:
KRETZ AG, Postfach 105, 8706 Feldmeilen

INSERTIONSTARIF 1995

Preise in SFr.

| Inserate Grösse | Grundpreis 1x | Rabatte | | |
|--------------------|------------------|---------|----------|-----------|
| | | 3x (5%) | 6x (10%) | 11x (15%) |
| 1/1 Seite s/w | 7650.— | 7267.50 | 6885.— | 6502.50 |
| 1/2 Seite s/w | 4000.— | 3800.— | 3600.— | 3400.— |
| 1/4 Seite s/w | 2090.— | 1985.50 | 1881.— | 1776.50 |
| 1/8 Seite s/w | 1050.— | 997.50 | 945.— | 892.50 |

mm-Abschlüsse

| | | | |
|-------------|-------|---------|-------|
| Annoncen mm | 7.65 | 1000 mm | 5% |
| Reklame mm | 15.95 | 2000 mm | 10% |
| | | 4000 mm | 12,5% |
| | | 6000 mm | 15% |

Beilagen

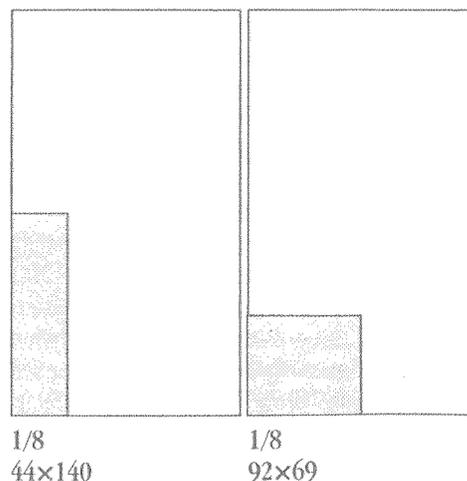
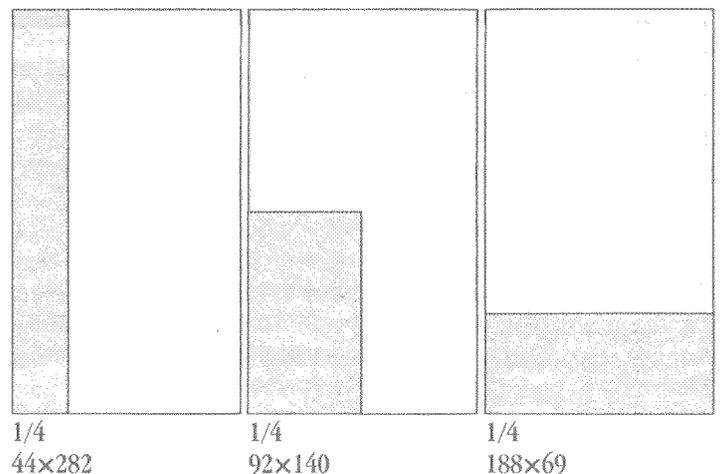
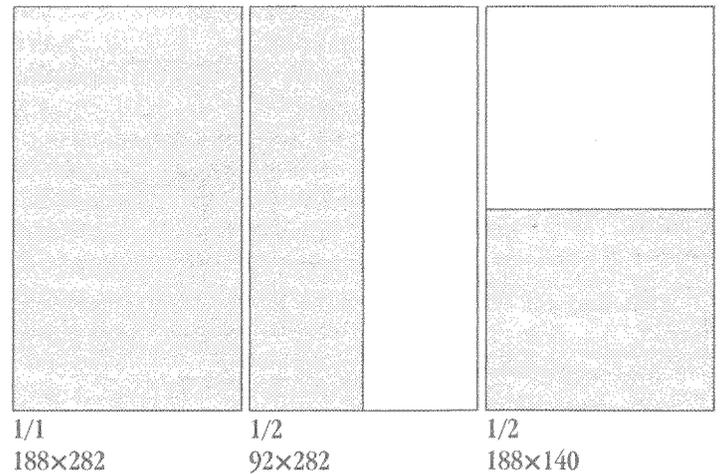
Auf Anfrage.

Zuschläge

| | |
|---------------------|------------|
| Pro Sonderfarbe | Fr. 576.— |
| (FDP-Blau, FDP-Rot) | Fr. 407.— |
| 4farbig | Fr. 1200.— |

Placierung: 10% des Nettopreises

Zuzüglich 6,5% Mehrwertsteuer

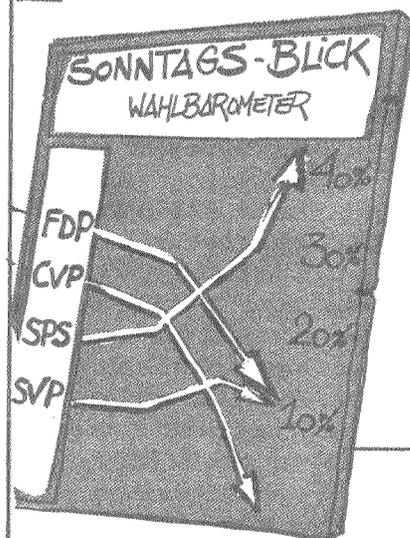


INFORMATIONEN

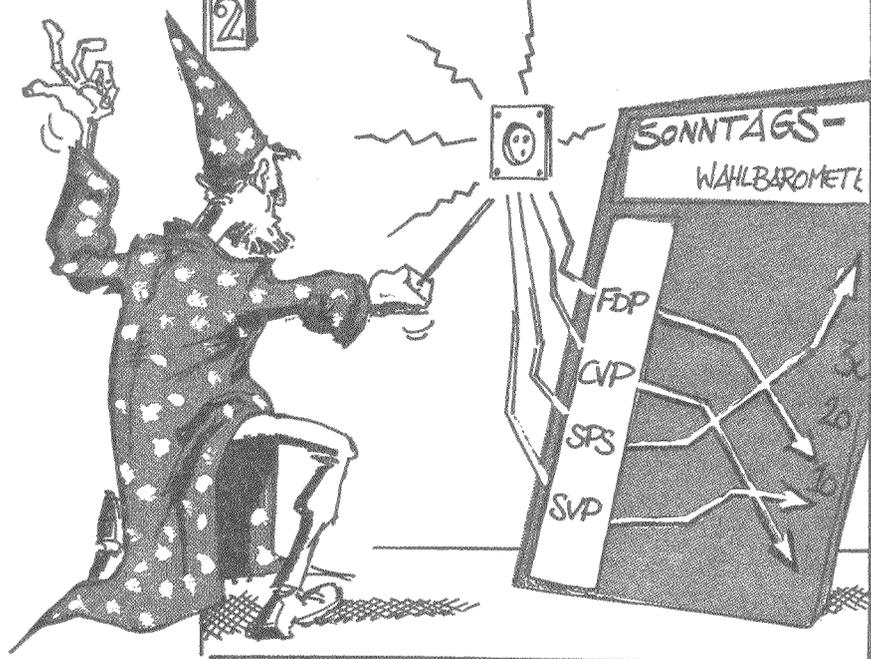
KRETZ AG
Verlag und Annoncen
General-Wille-Str. 147
Postfach 105
8706 Feldmeilen
Tel. (01) 923 76 56
Fax (01) 923 76 57

SHG

1



2



DER ZAUBERLEHRLING

Karikatur Andreas Töns

Facettenreicher Liberalismus

Vom 8. bis zum 11. September fand in Islands Hauptstadt Reykjavik der Kongress der Liberalen Weltunion statt. Delegationen von sechzig Parteien aus fünfzig Ländern nahmen an diesem alle zwei Jahre stattfindenden Anlass teil. Geleitet wurde die Tagung von Otto Graf Lambsdorff (F.D.P., Deutschland). Die FDP der Schweiz war mit einer fünfköpfigen Delegation unter der Leitung von Nationalrat François Loeb (BE) an diesem Kongress in der nördlichsten Hauptstadt Europas vertreten.

Markus R. Seiler

Das zentrale Thema der Veranstaltung lautete «Poverty and Unemployment: A Danger to Freedom». Die Hauptresolution stellte denn auch diese Problematik in den Vordergrund. So hielten die Liberalen fest, dass weder Armut noch Arbeitslosigkeit gleichsam als gegebenes Phänomen tatenlos hingenommen werden dürfen. Angesichts der Überzeugung, dass es in einer Welt der Armut dauerhaft keine «Wohlstandinseln» geben kann, ruft die von den Delegierten am Ende des Kongresses ohne Gegenstimme verabschiedete Entschliessung dazu auf, die Existenz von Armut und Arbeitslosigkeit global und wo immer möglich mit den Mitteln des Marktes zu bekämpfen.

Zahlreiche Resolutionen

Das Programm des dreitägigen Kongresses war dichtgedrängt. Am meisten Zeit beanspruchten die Ausarbeitung und definitive Bereinigung der zahlreichen von den verschiedenen nationalen Parteien eingebrachten Resolutionsentwürfe. Gearbeitet wurde in verschiedenen Gruppen, verabschiedet wurden die Resolutionen daraufhin im Plenum. Sie befassten sich – neben dem Hauptthema «Armut und Arbeitslosigkeit» – mit der politischen Lage in Nordirland, in Kuba und im Nahen Osten, mit den Menschenrechtsverletzungen in China sowie der wirtschaftlichen und politischen Integration von Osteuropa.

Ausnahmeerscheinung FDP

Eine separate Plenarsitzung diente der Erledigung der statutarischen Geschäfte. Otto Graf Lambsdorff, Präsident der Liberalen Weltunion während der letzten drei Jahre, übergab den Vorsitz seinem Nachfolger, dem Briten David Steel. Als Vizepräsident wurde unter anderen auch der Vertreter der FDP der Schweiz, NZZ-Chefredaktor Hugo Büttler, bestätigt.

Nicht nur die Teilnehmerzahl von 262 Kongressteilnehmern war höher als von den Organisatoren erwartet. Im Zuge vor allem des Zusammenbruchs des Sozialismus in Osteuropa vergrösserte sich auch die Mitgliederzahl der Liberalen Weltunion auf nun-

mehr siebzig Parteien, wovon immerhin zwanzig Regierungsverantwortung mittragen. Unter diesen Parteien stellt die FDP der Schweiz gleich in doppelter Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung dar: Nicht nur ist sie mit einem Wähleranteil von rund 21 Prozent auf nationaler Ebene die grösste Partei der Schweiz, während liberale Parteien anderer Länder nicht selten relativ kleine Gruppierungen darstellen. Vielmehr darf die FDP mittlerweile auch auf nunmehr rund 150 Jahre ununterbrochener Regierungsbeteiligung zurückblicken.

Auffallend war die starke Präsenz von Vertretern aus Afrika. Dieser Entwicklung möchte die Liberale Weltunion dadurch Rechnung tragen, dass sie eines ihrer nächsten Treffen in Afrika abhalten will.

Liberaler Spitzenpolitiker nutzten den Kongress, um über Liberalismus und liberale Politik in ihren Ländern zu sprechen. Dabei zeigte sich die Vielfalt liberalen Gedankengutes ebenso wie dessen verbindende Grundwerte wie Freiheit, Eigenverantwortung, Toleranz, Solidarität und Vertrauen in die Marktkräfte.

Einladung nach Bern

Die FDP der Schweiz nutzte den Anlass, die Liberale Weltunion einzuladen, das Frühjahrstreffen 1995 ihres Executive Committees, des Führungsgremiums der Organisation, in Bern abzuhalten. Der nächste Kongress der Liberalen Weltunion soll sodann im Frühling 1996 im niederländischen Den Haag stattfinden.

Die selbstkritische Frage nach der Wirksamkeit und der tatsächlichen politischen Relevanz dieser Resolutionen, die in der breiten Öffentlichkeit meist unbeachtet bleiben, wurde am Kongress indes auch aufgeworfen und von den Teilnehmern anlässlich des abschliessenden Podiumsgesprächs diskutiert.



Öfgar eða málamíðlanir

Öfgar eða málamíðlanir
Mein og málefni
Frjálslyndir þessa samans
Tilgangur tilhvera víska
Hinn grófa leif
Mílan
Hinn stóru vandamál

Ganz gross kam die Schweizer Delegation (Markus Seiler, Gottlieb F. Höpli, Max Frenkel, von links) in der isländischen Zeitung «Tíminn» heraus.